

Neue

Wischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-(Zuschuß-)Kasse aller Arbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich. Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. Post-Nummer: 4373.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg. Verantwortlich für die Redaktion: Richard Müller, Altona; für die Expedition: Alb. Köste, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. dreispalt. Petitzeile od. deren Raum 30 1/2, Vereinsbekanntmachungen 15 1/2, Veranlassungs-Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 1/2 pro Petitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Die „königl. preussischen Gewerbevereine“ am Ende.

Obgleich das Vorgehen der preussischen Regierung gegen den Unterstützungsverein der Buchdrucker bereits in voriger Nummer erwähnt und kurz gewürdigt worden ist, erscheint uns doch die Sache wichtig genug, um hier noch einmal ausführlich darüber zu sprechen; denn nach unserer Auffassung bedeutet dieses Vorgehen den Anfang vom Ende der „königl. preussischen Gewerbevereine“.

Wir sagen der Gewerbevereine, da bekanntlich die Bildhauer mit ihrer Organisation seinerzeit sich denselben von der preussischen Regierung stipulirten Bedingungen unterwerfen haben wie die Buchdrucker, sich also damit jetzt auch in derselben Lage wie letztere befinden. So ist es thatsächlich. Wie die Buchdrucker, so warten auch die Bildhauer seit länger als sechs Monaten auf die behördliche Genehmigung ihres im vorigen Jahre abgeänderten Statuts, nur daß selbige noch nicht aufgefördert worden sind, dieselben weiteren Änderungen vorzunehmen wie die Buchdrucker. Doch angekündigt ist diese Aufforderung schon und kann jeden Tag erfolgen.

Und wäre sie auch noch nicht angekündigt, erfolgen würde diese Aufforderung auf die gleiche Statutenänderung an die Bildhauer doch, da durchaus nicht anzunehmen ist, daß mit diesen die Regierung glimpflicher verfahren wird, als mit den Buchdruckern. Und wie sie mit diesen verfährt, zeigen die geforderten Statutenänderungen.

Unter Androhung von Mk. 150 Geld- oder zwei Wochen Haftstrafe ist der Vorstand des Unterstützungsvereins der Buchdrucker im Auftrage des Ministers Herrfurth von dem Berliner Polizeipräsidenten erücht worden, innerhalb 14 Tage eine Generalversammlung auszuschreiben, welche nicht nur die Bekämpfung der Invalidenkasse vom Unterstützungsverein, sowie die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung von derjenigen für Streikzwecke vollständig trennen soll, sondern auch noch andere tief einschneidende Statutenänderungen vornehmen, die dem Unterstützungsverein seinen Charakter als Gewerkschaftsorganisation völlig nehmen und zu einer reinen Versicherungsanstalt machen würden.

Daß es hierbei lediglich auf Lahmlegung der Buchdruckerorganisation für Streikzwecke abgesehen ist, beweisen außer der erwähnten Kassentrennung auch noch verschiedene andere ministerielle Forderungen. So soll z. B. die im vorigen Jahre in's Statut hineingebrachte Bestimmung, wonach der Vereinszweck mit durch „strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Verein als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit“ erreicht werden soll, wieder durch den früher an dieser Stelle gestandenen Passus ersetzt werden, und welcher lautete: Strenge Aufrechterhaltung der mit den Prinzipalen getroffenen Vereinbarungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit. Infolge der auf völlig legale Weise erfolgten Aufkündigung bestehen nun aber solche Vereinbarungen seit dem 1. Januar überhaupt nicht mehr, selbst nach der Auffassung der Prinzipale nicht, und trotzdem diese Forderung der Regierung.

Kann diese da etwas Anderes bedeuten, als die

Gehülfsen zwingen zu wollen, um jeden Preis mit den Prinzipalen eine neue Vereinbarung einzugehen?

Weiter soll die schon im früheren, also bereits genehmigt gewesenen Statut enthaltene Bestimmung, wonach die Mitglieder verpflichtet sind, sich den statutenmäßigen Beschlüssen der Generalversammlung und des Vereinsvorstandes zu unterwerfen, gestrichen werden. Es würden demnach keinerlei Generalversammlungs- und Vorstandsbeschlüsse für die Mitglieder rechtsverbindlich sein, die nicht mit in's Statut aufgenommen und behördlich genehmigt sind. Hierdurch werden z. B. die Ausschreibung und Eintreibung von Extraseuern für Streikzwecke unmöglich gemacht.

Ferner sollen Mitglieder nicht mehr ausgeschlossen werden können, auch wenn sie die Vereinsinteressen schädigen und dessen Grundsätzen entgegen handeln.

Im richtigen Lichte erst, wenn man bedenkt, daß das neue Statut bereits fast so gut wie genehmigt war. Denn am 6. Oktober v. J. ließ der Minister dem Vereinsvorstand mittheilen, daß zur Genehmigung des Statuts noch eine kleine reaktionelle Aenderung der Eingangsworte des ersten Paragraphen nötig sei, nach deren Vornahme man ihm zwei dahin abgeänderte neue Statutenexemplare einreichen möge. Das geschah auch. Aber statt der nunmehrigen Genehmigung des Statuts erfolgte am 30. Dezember ein neues Schreiben mit der Forderung der oben aufgeführten neuen Änderungen.

Dieses Vorgehen der preussischen Regierung wird einem erst verständlich, wenn man bedenkt, daß bald nach dem 6. Oktober die Leipziger Verhandlungen der Tariskommission stattfanden, wobei eine neue Einigung zwischen Gehülfsen und Prinzipalen nicht zu Stande, vielmehr bald darauf der Streik zum Ausbruch kam, bei dem es sich dann zeigte, welchen Widerstand eine gut organisierte Arbeiterschaft dem kapitalistischen Ausbeutertum leisten kann. Die Buchdruckerbesitzer drohten in dem Kampfe zu erliegen, wenn ihnen nicht ganz besondere Hilfe kam. Da wandten sie sich durch ihren Anwalt an den preussischen Polizeiminister, damit er ihnen in ihrer Noth durch Vahmlegung der Gehülfsenorganisation beistehe. Und der Minister? Getreu seiner Funktion als Mitglied des „geschäftsführenden Ausschusses der bestehenden Klassen“ that den Buchdruckerbesitzern den Gefallen.

Damit ist genau das eingetreten, was wir im Jahre 1888, als sich der Unterstützungsverein der Buchdrucker der preussischen Regierung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hatte, in unserem Artikel „Hut ab“ vorausgesagt haben. Dieser Artikel hatte damals in den Kreisen der Buchdrucker viel böses Blut gestiftet, weil dieselben nicht glauben konnten oder nicht glauben wollten, daß die Dinge einmal so kommen könnten, als wie sie jetzt thatsächlich geschehen sind. Man bangte um den Bestand des Vereins und die Sicherheit der großen Fonds, wenn man sich dem Willen der preussischen Regierung nicht fügte. Und man fügte sich. Und heute? Heute ist der eine Fonds im Kampfe mit dem Kapital verbrannt, der andere mit Sequester belegt und die Vereinsorganisation für den Kampf um die Interessen ihrer Mitglieder fast gestellt. Wird da bei den Buchdruckergehülfsen noch dieselbe Bereitwilligkeit vorhanden sein, sich den neuen,

so ganz unerhörten Forderungen der preussischen Regierung zu fügen, als im Jahre 1888? Wir glauben es nicht. Und glauben auch nicht, daß die Bildhauer, denen man zweifellos mit denselben Forderungen kommen wird, sich diesen willfährig zeigen werden.

Will man nicht das Vorgehen des preussischen Ministers als der direkten Parteinahme für das Unternehmertum entspringen ansehen, so wird es einem schwer, dafür eine andere Erklärung zu finden, als etwa die, daß es an gewisser Stelle „gewurmt“ hat, daß ihr die deutsche Arbeiterschaft so wenig Vertrauen entgegenbringt, sich nicht für Zuckerbrot und Peitsche gewinnen läßt und außer den genannten beiden Arbeiterorganisationen sämtliche übrige der behördlichen Bevormundung den Kampf mit den Polizeiplacereien vorgezogen haben. Das dürfte, sagen wir, vielleicht an bestimmter Stelle „gewurmt“ haben und man giebt, da andere Vereine sich nicht unterwerfen wollen, deshalb auch den beiden, die sich unterworfen, einen Tritts. Nun, wir denken, der Tritts wird verstanden, daraus die richtigen Lehren gezogen werden. Geschieht das, dann ist die Erfahrung, um die die deutsche Arbeiterschaft und speziell die der genannten beiden Berufe bereichert worden, zwar theuer, aber nicht zu theuer bezahlt, denn es ist dann dem einheitlichen, geschlossenen Vorgehen der gesammten organisierten deutschen Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung ein großes Hinderniß aus dem Wege geräumt. Diese Ansicht kommt auch am Schluß eines Artikels der letzten Nummer des Buchdruckerorgans zum Ausdruck, wo es nach einem Hinweis auf die große Weihnachtsfreude, welche der preussische Minister Herrfurth mit seinem Vorgehen gegen die Gehülfsen den Buchdruckerbesitzern bereitet hat, heißt:

„Dem entgegen danken die Gehülfsen höchstens für diese nette Bescherung; ihnen wird dieselbe ein zu rechter Zeit kommender Anstoß sein, das Kassengepäck abzuwickeln und die freie Fahne des reinen Lohnkämpfers zu entrollen. Der Deutsche Buchdruckerverband glorreichen Ungedenkens möge erziehen in verjüngter Gestalt!“

Das ist auch unser Wunsch.

Etwas zu dem Kapitel von den „Musteranstalten“ welche die Staatsbetriebe werden sollen.

Man braucht durchaus kein Mediziner zu sein, um jedesmal den Mund zu einem bitteren Lachen verziehen zu müssen, wenn man an das obige eintritt mit so viel Gelat in die Welt gesetzte Wort von den „Musteranstalten“ denkt und sich vergegenwärtigt, was für Musteranstalten die heutigen Staatsbetriebe in Wirklichkeit sind. Wenn an ihnen etwas „Musterhaftes“ ist, so ist es nur die Art und Weise, wie die Ausbeutung, Bevormundung und Unterdrückung der Arbeiter darin betrieben wird. In dieser Beziehung geht der Arbeitgeber Staat thatsächlich jedem Privatunternehmer mit gutem oder besser, mit einem schlechten Beispiel voran. Es ist das von den Arbeitervertretern im Parlament, wie von der Arbeiterpresse schon tausendmal gesagt worden, kann aber garnicht oft genug gesagt werden. Denn an der Art und Weise, wie die Staatsbehörden die direkt von ihnen

beschäftigten Arbeiter behandeln, kann man erkennen, wie ernst es den staatlichen Machthabern mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit ist.

Und wie werden die Arbeiter in den Staatsbetrieben behandelt? Blinder soldatischer Gehorsam einem despotischen Regiment gegenüber. Ablegung jeder Selbstständigkeit und Preisgabe jedes eigenen Willens und freien Handelns. Ist doch Staatsarbeitern sogar unterjagt worden, sich mit Bittschriften an ihren Arbeitgeber zu wenden. Ein Theil der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte, wie Vereins- und Versammlungsrecht, ja theilweise sogar das Wahlrecht, existieren für viele in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter nicht, weil ihnen die Staatsbehörden, die doch vor Allem berufen wären, diese Rechte zu schützen, deren Ausübung verkümmern. Wir brauchen hier nur an die so oft im Reichstage gekennzeichneten Zustände auf den kaiserlichen Werften zu erinnern. Und dann erst, welche Bezahlung erhält ein großer Theil der Staatsarbeiter! Der profitgierigste Kapitalist kann die Ausbeutung nicht ärger betreiben, als sie z. B. bei der Post und den Eisenbahnen betrieben wird, wo oft bei einer unmenslich langen Arbeitszeit die jämmerlichsten Löhne gezahlt werden. Und weshalb geschieht es? Nur um große Ueberschüsse zu erzielen, damit dem Moloch Militarismus immer größere Summen in den unerfättlichen Mägen geworfen werden können.

Diesen Motiven ist jedenfalls auch das nachfolgende amtliche Zirkular entsprungen, welches einem jehesischen Arbeiterblatt in die Hände gefallen und nach dessen Veröffentlichung folgenden Wortlaut hat:

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt.

S. 163 I a.

den 21. November 1891.

Geheim!

Wegen der ungunstigen finanziellen Ergebnisse der Staats-Eisenbahnverwaltung ist uns die äußerste Sparjamkeit bei Unterhaltung der Bahnanlagen zur Pflicht gemacht worden. Wir bestimmen daher, daß alle zur Erhaltung der Betriebssicherheit oder zur notwendigen Instandhaltung der Bahnanlagen nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben vorläufig zu unterbleiben haben. Es wird hierdurch sowohl eine Einschränkung der Ausgaben bei den Handwerker-Rechnungen, wie insbesondere bei den Ausgaben für Arbeiterlöhne durch Verabstärkung der Lohnsätze sowohl wie Verminderung der Arbeiterzahl möglich sein. Die Arbeiterzahl ist auf dasjenige Maß herabzusetzen, welches nur für die unbedingt notwendigen Arbeiten erforderlich ist. Allen hiernach entbehrlichen Arbeitern ist unter Einhaltung der vorgezeichneten Frist sofort zu kündigen.

Innerhalb drei Tagen ist uns zu berichten, wie vielen Arbeitern gekündigt ist. Die Zahl der weiter zu beschäftigenden Arbeiter ist eingehend zu begründen. Die durch Herabsetzung der Lohnsätze wie durch Verminderung der Arbeiterzahl zu erzielende Ersparnis ist überschläglich zu berechnen und anzugeben.

Also, um die angeblichen ungunstigen finanziellen Ergebnisse der Staats-Eisenbahnverwaltung zu bessern, sollen die Arbeiterlöhne herabgesetzt und ein Theil der Arbeiter überhaupt entlassen werden, was doch nur möglich sein kann, wenn man den übrigen die Arbeitszeit verlängert. Es ist das nach einer Mittheilung der „Frankf. Zig.“ auch thatsächlich bereits geschehen. Das genannte Blatt berichtet:

„Wir vernahmen, ist hier in Frankfurt unmittelbar nach Erlass des Rundschreibens und infolge desselben für die höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung, auf die sich das ministerielle Schreiben ebenfalls bezieht, die Bauhütten, Bauinspektoren, Baumeister u. die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verlängert worden. Darüber, ob ein Gleiche in Bezug auf die Arbeiter in anderer Sinne stattgefunden hat, bezw. ob Entlassungen oder Lohnsätzungen vorgenommen worden sind, ist uns bisher nichts bekannt geworden.“

Wenn die „Frankf. Zig.“ bezüglich der Arbeiter noch nichts von Entlassungen zu melden wagt, so wagt das doch andere Blätter. So berichtet die „Vollk. Zig.“, daß das Oberwalder Eisenbahnhauptreferatursamt kürzlich etwa 40 Arbeitern zum 19. Januar gekündigt hat. Weitere Kündigungen seien bei der nächsten Lohnzahlung bevor. Auch aus Remscheid kommt die Nachricht, daß 20 Hilfsbremsen für den 18. h. M. gekündigt sei.

Demnach ermunert jedes Zirkular nicht der eigentlichen Funktion eines einzelnen Betriebsamtes, wie regierungsfremde Blätter glauben machen wollten, sondern der Durchführung von Unthun.

Und wie sehr es nun mit den angeblichen schlechten

finanziellen Ergebnissen der Staats-Eisenbahnverwaltung? Nach den Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“ betrug die Gesamteinnahme der preussischen Staatsbahnen bis Ende November Mt. 636 064 307, das sind Mt. 28 051 441 mehr, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aber das genügt an gewisser Stelle noch nicht, es sollen neue Kanonen und neue Panzerschiffe angeschafft werden, für die noch viel mehr Millionen erforderlich sind. Und deshalb müssen Arbeiter entlassen, mitten im Winter auf die Straße gesetzt werden. Müssen sie dieseshalb hungern und frieren — was liegt daran? Wir leben im Zeitalter des „praktischen Christenthums“, wo jeder gute Staatsbürger so viel „christlichen Einn“ im Leibe haben muß, um zum Glanz und Ruhme der militärischen Richtung des Vaterlandes auch mal bereitwilligt zu hungern und zu frieren.

Die Zünftlerdebatte im Reichstage.

(Schluß)

Abgeordneter Grillenberger: Meine Herren, die heutigen Debatten über die sogenannte Handwerkerinterpellation haben jedenfalls den Vorzug, in die etwas langweiligen und nicht gerade unterhaltenden Beratungen, die wir in den letzten Tagen gepflogen haben, etwas Abwechslung gebracht zu haben. Was vor dem ersten Redner des Tages, Herrn Hitze, gesagt worden ist, das klang recht klug und deutete bereits darauf hin, daß die Erwartungen der Herren von der Zukunft, der Herren, die sich so gerne „das organisierte Handwerk“ nennen, erheblich zurückgefallen sind in Bezug auf das, was sie bisher immer verlangt haben. Auch die Mitemandierungen, die vor einigen Wochen auf dem bayerischen Handwerktage in Weiden stattgefunden haben, deuteten dies bereits an. Es ist dort gerade der Herr Kollege Biehl gewesen, der, wenn die Zeitungen richtig berichten haben, schon angedeutet hat, daß man sich wohl ohne die obligatorischen Zünfte und ohne den Befähigungsnachweis werde genügen lassen müssen. Auch bereits in der heutige Antwort des Dankes der Regierung gegenüber, wie unendlich bejammert im Vergleich zu früheren Forderungen die Herru jetzt geworden sind. Das ist ja allerdings für weitere Schritte des Handwerks sehr erfreulich, und ich will bei der Gelegenheit gleich bemerken, daß ich es für durchaus unbedeutend halte, wenn seitens der Herren Hitze, Biehl und hier immer von dem „ständlichen Handwerk“ als solchem gesprochen wird, wenn sie die Forderungen der Zünftler vertreten. Das deutsche Handwerk, sagt Kollege Hitze, sei äußerst gespannt auf die wenigen Verhandlungen des Reichstages. Meine Herren, ich verleihe auch sehr viel in den Kreisen des Handwerks, mit zahlreichen Handwerkern, und kann Ihnen die Versicherung geben: ich habe gar nichts davon zu hören bekommen, daß man auf diese Interpellation irgendwie gespannt sei. Die Verhandlungen des heutigen Tages werden, davon bin ich überzeugt, an dem Groß des deutschen Handwerks so spurlos vorübergehen, wie die „Erfolge“ der ganzen gegenwärtigen Zünftebewegung bisher gewesen sind. Die Herren, die sich so sehr mit diesen Zünftefragen befaßt und gar nicht erwarten konnten, von der Regierung eine Antwort zu bekommen, so daß sie die heutige Interpellation für wichtig hielten, verfolgen in der Hauptsache — das wird mir von keiner Seite drüben bekräftigt werden können — nichts Anderes als parteipolitische Zwecke. (Widerpruch im Centrum.) Die wirtschaftliche Hebung des Handwerks, das wissen Sie ganz genau, bringen Sie mit allen diesen Bestrebungen nicht fertig. Es sind parteipolitische Zwecke, die Sie dabei verfolgen und nichts Anderes!

Daß die ganze scheinbar Sachen absolut keinen Werth haben, um das Handwerk wieder in die Höhe zu bringen, geht aus dem unwiderstehlichen Zugeständnis des Herrn Abgeordneten Hitze hervor, der ja die ganze gewerbpolitische Gesetzgebung heute rekapituliert und damit hingewiesen hat, daß die Gesetze vom Jahre 1831, 1834, 1837 und 1890, daß alle diese Gesetze nicht gebracht haben, was man von ihnen erwartete. Er hat das allerdings zum Theil darauf geschoben, daß die Regierung sich ablehnend dagegen verhält, und zum Theil darauf, daß das, was die Gesetzgebung auf diesem Gebiete jetzt geschaffen hat, nicht weit genug gegangen sei, weil man — und das war der Kern der ganzen Auseinandersetzung — den Befähigungsnachweis und die obligatorische Zunft nicht hat. Deswegen haben alle Privilegien und sonstigen Ansehnlichkeiten der Zünfte nicht genügt! „Und die müssen wir haben.“ Das war es ungefähr, was durch die Rede des Herrn Kollegen Hitze klang. Um so bemerkenswerther war es, daß der Herr Kollege Biehl der Regierung jetzt schon dankbar war für das, was in Aussicht gestellt ist. Die Klagen des Kollegen Hitze sowohl als die der anderen Herren der Regierung gegenüber über das angeblich mangelnde Entgegenkommen zu der Handwerkerbewegung berühren uns augenwärtig merklich. Die Herren von der Zukunft haben freilich alle Wege offen gefunden, um ihre Wünsche zu den Ohren der Regierung zu bringen. Sie sind zwar keine politischen Parteien, sie sind wirtschaftliche Korporationen; aber sie arbeiten ganz genau mit denselben Mitteln, wie die politischen Parteien, und es ist ihnen auf diesem Wege seitens keiner Regierung, keiner Volkstheorie, keiner Staatsverwaltung irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt worden, was man bei gewöhnlichen Arbeiterbewegungen gegenüber fast in ausgiebiger Weise getan hat und noch zu thun wagt. Die „ständlichen Zünfte“ bilden politische Verbände, die sich mit der Gesetzgebung befassen, die alles Mögliche kreiden, was nur mit politischen Mitteln gefattet ist. Sie haben also gar keine Ursache, sich zu beklagen, daß die Regierung ihnen zu wenig Spitzritzen gewährt oder zu wenig Entgegenkommen gezeigt hat. Derselben Herren, die sich in Klagen dieser Art gegen die Regierung ergaben, haben keinen Anspruch genommen, auf den nicht berechtigten Klagen der Arbeiter gegenüber nicht zur Kenntnis und Gehör zu bleiben, sondern bei allen gesetzgeberischen Gelegenheiten — ich erinnere hier an die Unvollständigkeit, an die Gewerbestatuten, an das Gesetz, betreffend die gewerblichen Schiedsgerichte — bei allen Gelegenheiten haben sie allen berechtigten Klagen der Arbeiter kein Gehör gegeben, sondern die Klagen der Arbeitgeber immer wiederbestimmt im Sinne und im Interesse der politischen Reaktion. Sie haben also gar keine Ursache, sich als Leute anzupreisen, die seitens

der Regierung quasi verfolgt würden. Die Meinung, welche der Herr Kollege Biehl dem Herrn Abgeordneten Biehl gegenüber ausgesprochen hat, daß man ihnen „neidisch“ sei auf das in puncto der Berliner Konferenz gezeigte Entgegenkommen der Regierung, die ist durchaus falsch. Neidhämmer findet man vorzugsweise in den Reihen der Zünftebrüder; dort sind sie hauptsächlich vorhanden, und Neid ist ja auch die hauptsächlichste Triebfeder der ganzen deutschen Zünftebewegung. (Bravo! links.)

Was ist nun seitens des Herrn Staatssekretärs den Herren auf ihre Anträge hin in Aussicht gestellt worden? Er hat drei Kategorien von Wünschen hier genannt, mit denen man sich befassen müsse: erstens diejenigen, zu deren Erledigung man die Gesetzgebung überhaupt nicht braucht, sondern die auf dem Verwaltungsbetriebe erledigt werden, dann zweitens solche, die durch die Gesetzgebung allerdings geregelt werden können und sollen, und solche, auf welche die deutschen Bundesregierungen nicht einzugehen gejonnen sind. Zur ersten Kategorie hat der Herr Staatssekretär gerechnet die Zucht- und Gefängnisarbeiten, die Frage der Konsumvereine, endlich das Submissionswesen. Nun ist von dem Herrn Abgeordneten Biehl vorhin ganz richtig betont worden, daß in Bezug auf die Zucht- und Gefängnisarbeiten wir uns mindestens auf dem halben Wege begegnen; es handelt sich hier um eine alte Forderung, die wir in diesem Jahre erfüllt haben, ja sogar um eine alte sozialdemokratische Programmforderung, um die Bezeitigung oder mindestens kräftige Einschränkung der Gefängnis- und Zucht- und Gefängnisarbeiten. Aber wenn Sie etwa glauben, daß dadurch recht viel erreicht werden könne, um dem Handwerk zu nützen, so täuschen Sie sich doch; denn durch Uebernahme z. B. derjenigen Arbeiten, die für den Seeresbedarf gehören, auf die Gefängnisse wird lediglich bewirkt, daß einer Anzahl von Unternehmern, die mit freien Arbeitern produzieren, eben diese Aufträge der Regierung entzogen werden. Das ist das Ganze. Das ist immerhin etwas; aber es ist so wenig, daß man sich hüten sollte, dem Handwerk daraus übertriebene Besprechungen zu machen.

Was Sie gegen die Konsumvereine einzutenden haben, das ist hier auch schon vielfach klar gestellt worden. Sie wenden sich mit Ihren Klagen hauptsächlich gegen solche Korporationen, die nicht zu den eigentlichen selbstständlichen Konsumvereinen im landläufigen Sinne gehören, sondern besonders gegen die Beamten- und Offizierskonsumvereine. Die sind es, die Ihnen im Magen liegen. Wenn nun von dem Herrn Minister in Aussicht gestellt worden ist, daß man Veranlassung nehmen werde, diesen Leuten nahe zu legen, daß sie bei ihrem Bedarf das Handwerk und insbesondere die Zünfte berücksichtigen sollen, so ist das ein schönes Versprechen, in der Praxis bedeutet es aber gar nichts; denn diese Korporationen müssen darauf ausgehen, wenn sie einen Zweck haben sollen, ihren Mitgliedern gute und vor Allem billige Waaren zu verschaffen, und die kaufen sie, wo sie sie in dieser Qualität bekommen. Die Zünfte resp. die Handwerker sind aber infolge mangelnder Kapitalbesitze, infolge mangelnder maschineller u. Einrichtungen nicht in der Lage, so gute und namentlich billige Waaren zu fertigen wie die Großunternehmer, und deshalb werden sie eben von der genannten Seite so gut wie gar nichts zu erwarten haben.

Das Submissionswesen hat eigentlich mit der Gesetzgebung sehr wenig zu schaffen. In Bezug auf dasselbe könnten die Herren von den Zünften selbst das Meiste schaffen, wenn eben das Solidaritätsgefühl unter ihnen vorhanden wäre. Aber gerade unter den Zünften findet man auch nichts anderes, als daß die Großen die Kleinen unterdrücken. Wenn die Zünfte dieser ihrer angeblichen Aufgabe gerecht werden wollten, dann müßten sie bei Submissionsausreibungen geschlossen auftreten; die Zünfte als solche müßten die Preisfester und müßten sie halten, müßten sorgen, daß nichts heruntergedrückt wird, und dann müßten sie innerhalb der Zünfte an die einzelnen Mitglieder Mann für Mann, daß keiner ausgeschlossen werden darf, daß nicht die Großen die Kleinen verdrängen und die Arbeit an sich reißen, die Arbeiter vertheilen, unter sich auslösen oder wie sie's sonst machen wollen. Wenn sie das thäten, dann hätte das Zünftewesen wenigstens einigen Sinn; aber das thut sie nicht. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Großen unter den Handwerkern sich mehr und mehr zu großkapitalistischen Betrieben entwickeln und auf diesem Gebiete die Kleinen genau so unterdrücken wie die Fabrikanten, die stets dieser Thätigkeit beschuldigten „Juden“ und alle die Kategorien, über die Sie sich gewöhnlich so zu enträuben pflegen.

Nun zu denjenigen Forderungen, welche der Herr Minister als solche bezeichnet hat, bei denen eine gesetzgeberische Abhilfe eintreten könnte. Da sind zunächst die Abzahlungsgeheimnisse. Der Herr Kollege Biehl hat da seiner Entrüstung sehr lebhaften Ausdruck gegeben, hat uns erzählt, was von den Abzahlungsgeheimnissen alles gekündigt wird, wie das Publikum betrogen wird usw. Das ist Alles ganz richtig. Allein, meine Herren, was beweist das? Das beweist lediglich, daß die große Masse des Volkes heutzutage nicht mehr kaufkräftig genug ist, um ihre Waaren gegen Baarzahlung beziehen zu können. Die große Masse des arbeitenden Volkes ist durch die ganze Arbeitsmethode, die Lohnzahlung usw. auf den Borg, auf das durchaus schädigende Pumpsystem geradezu angewiesen; die Leute sind gezwungen, in die Abzahlungsgeheimnisse zu gehen und sich über's Ohr hauen zu lassen. Es sind übrigens, beiläufig bemerkt, nicht alle Abzahlungsgeheimnisse so durchaus unrettbar, daß sie den Leuten die Haut über die Ohren ziehen; aber im Großen und Ganzen müssen sie hohe Preise nehmen, weil der Betrag der Waaren, die nicht bezahlt werden, in die anderen mit eingerechnet werden muß. Was wird aber die Gesetzgebung gegen diese Geheimnisse thun können? Man wird vielleicht dazu kommen, die Bestimmungen in den Abzahlungsverträgen zu beschränken, wonach dem Kunden, der einmal mit einer Zahlung im Rückstande geblieben ist, das von ihm vielleicht schon vollaus bezahlte Ob- jekt wieder abgenommen werden kann, oder daß er wegen Betrugs verfolgt werden kann, wenn er ein derartiges Objekt verpfändet oder veräußert. Das wird das einzige sein.

Nun das Submissionswesen! Herr Biehl hat die Sache dahin hingestellt, daß er unter Handfieren nicht bloß die im Lande herumziehenden Zwischenhändler versteht, d. h. die Leute, die mit schweren Fäden von Haus zu Haus ziehen in Gegenden, wo keine Zahlungsgeheimnisse weniger vorhanden sind, sondern auch viele sogenannte Handlungsbreisende. Ich gebe gern zu, daß auf diesem Gebiet ein kolossaler Unfug getrieben wird seitens unrettbarer Geheimnisse. In der Hauptsache zeigt sich aber auch die Thatsache, daß die großen Geheimnisse, die Fabrikgeheimnisse, durch die ganze Kizere der Zeit gezwungen sind, alle möglichen

Abgehoben aufsuchen zu lassen, um überhaupt nur etwas los zu bekommen. Die Ueberproduktion, wie Sie es nennen, d. h. in Wirklichkeit die Unterkonsumtion des arbeitenden Volkes ist so groß, daß die Lager überflutet sind; die technischen Fortschritte sind so ungeheuer, und die Konkurrenz eine derartig scharfe, daß die Leute nicht mehr wissen, wohin mit ihren Waaren, sobald ihre Angelegenheiten nicht allein zu den Zwischenhändlern gehen, sondern sich zu Hausfrauen degradieren lassen. Aber was hat das mit der Innungsfrage zu thun? Die Artikel, die von derartigen Leuten angeboten werden, sind größtentheils keine handwerksmäßig erzeugten Waaren, sondern Fabrikwaaren, die Sie mit Ihren Handwerksmeistern doch nicht herstellen können. Wenn irgend eine Geschäftsstelle darüber Klage zu führen hätte, so sind es die ständigen mittleren Handlungsgeschäfte und die Kleinkrämer; diese werden dadurch geschädigt, aber die Handwerker werden durch diese Frage so gut wie gar nicht berührt.

Dann kommen die Mißstände im Lehrlingswesen. Die sollen auch durch das Gesetz abgestellt werden. Wir haben in kurzer Zeit die Novelle zur Gewerbeordnung erlassen, und allgemein viel vom Lehrlingswesen geredet worden ist, und gerade bei dieser Gelegenheit haben Sie alle diejenigen unserer Anträge, die darauf ausgingen, das Lehrlingswesen zu regeln, resp. das Lehrlings-u-n-wesen einzuschränken, niedergeschickt. Wir sind damals dafür eingetreten, daß für die Lehrlinge kürzere Arbeitszeit, Schutzmaßregeln usw. eingeführt würden. Um aber die Spießbürger, die nicht Lehrlingsausbildung, sondern Lehrlingszüchterei, Lehrlingsausbeutererei in schlimmster Form treiben, nicht zu schädigen, haben Sie unsere Anträge damals niedergeschickt; jetzt aber heißt es wieder: es sind Mißstände im Lehrlingswesen vorhanden! Wenn deren vorhanden sind — und ich bestreite das gar nicht —, so ist der Grund darin zu suchen, daß auf eine sehr geringe Zahl von Gesellen eine Anzahl von Lehrlingen gehalten wird, die nichts lernen, sondern bloß ausgebeutet werden, und die dann die Kreise derjenigen füllen, von denen Sie immer mit dem weqwerfenden Ausdruck „Puscher“ reden. Diese Puscher sind meistens aus den Handwerkskassen hervorgegangen, aus den kleinen Betrieben, aus den Werkstätten von Innungsmeistern, weil sie dort nicht gelernt haben, weil jene Meister oft selbst nicht in der Lage sind, sie etwas zu lehren, weil sie selbst nichts können. Ich habe schon vielfach bei früheren derartigen Debatten — wenn die Herren so lebhaft nach dem Befähigungsnachweis riefen — darauf hingewiesen, daß dann, wenn sie selber in Bezug auf die Befähigung, die sie treiben, den Befähigungsnachweis erbringen müßten, dann ein Jammer- und Begehren in den Kreisen der Herren entstehen würde. Und bei dieser Gelegenheit erzwungene ich auf unseren verehrten Herrn Kollegen Diehl — es ist ja immer gut, wenn man für aufgestellte Behauptungen und Wünsche Beispiele beibringen kann.

Der Herr Diehl ist meines Zeichens Gipsformator, er ist Stukkateur und Bildhauer; seit einigen Jahren betreibt er auch noch Bergolderei und seit neuester Zeit das Malergeschäft, das letztere zum großen Vergern seines eigenen Fratzen-genossen und Innungs-genossen Haberland, der sich dadurch sehr gekränkt fühlt. (Gelächter.) — Nun, meine Herren, daß derartige Geschäfte — und ich betone ausdrücklich, der Herr Kollege Diehl betreibt diese Geschäfte nicht lediglich handwerksmäßig, wie es einem Innungsagitor ziemt, sondern er hat einen ausgedehnten großkapitalistischen Betrieb, der seit einiger Zeit — nun, dieser jüdische Handwerksmeister, ständiger ständiger Unternehmer, hat pfeilschneidend die Unternehmung seines Gesinnungsgenossen, namentlich der Geistlichen, und so hat er in einer Gemeinde im Nothfall die Reparatur des Hochaltars der dortigen Kirche erhalten. Er hat dort die Engelchen und die sonstigen Heiligenbilder, die den Hochaltar verzieren, wunderbar schön verguldet, aber es hat sich sehr bald herausgestellt, daß man nicht fünfertei Geschäfte treiben kann, wenn man nicht für jedes den Befähigungsnachweis erbringen kann. Als ein Mitleidener Blatt — es ist allerdings ein solches, über welches sich Herr Diehl zu ärgern pflegt — das „Sareland“, die Nachrichth brachte, daß die Arbeit nicht zur Zufriedenheit des Herrn Pfarrers und der Gemeinde ausgefallen sei, erklärte dies Herr Diehl wie gewöhnlich für „Verleumdung“. Der Herr Pfarrer von Nuhstorf aber schrieb an einen Kollegen, an einen geistlichen Herrn in München. (Lachen aus dem Zentrum.) — Ich habe den Brief im Wortlaut, wie er abgedruckt worden ist, und da der Herr Abgeordnete Diehl mir das Wort „es ist gelogen“ zusetzt, so kann ich nicht anders und möchte um die Erlaubnis ersuchen, diese paar Worte aus dem Briefe verlesen zu dürfen.

Vizepräsident Dr. Baumbach: Ich muß bemerken, daß ich angenehm habe, das Wort „gelogen“, welches der Herr Abgeordnete Diehl gerufen hat, sei nicht auf die eigenen Ausführungen des Herrn Grisehaber, sondern auf die Behauptungen Dritter gegangen; sonst würde ich es nicht ungerührt haben hingehen lassen.

Abgeordneter Grisehaber: Also der Herr Pfarrer von Nuhstorf hat an seinen Amtsbruder Folgendes geschrieben:

Wichtig ist, daß Diehl auf Rekommandation des Hochaltars der hiesigen Pfarrkirche zum Restaurieren um die Summe von 2400 Mark erhielt. Garantie hätte Diehl sogar aus-schreiben geleistet, aber mir und den Kirchenvorstandsmitgliedern genügte dessen Ehrenwort, daß er für 10 Jahre, ja für sein ganzes Leben Garantie leisten und versicherte, daß an Bergoldung nichts herabfalle. Indes dauerte es nicht ein Jahr, und es blätterte sich da und dort die Bergoldung los, (Gelächter), was dann immer mehr der Fall war, und wie auch zur Zeit noch das Gold sich abblät. Diehls Vorherjagung, es werde sich nichts lösen, und warum sollte es in Rußland nicht halten? — erfüllte sich nicht. Auf diesen Uebelstand bei Bezahlung der zweiten Rate aufmerksam gemacht, als er in Rußland anwesend war, (19. September 1887) und von mir den Rest des Geldes erhielt, versprach er mir, das Schadhafte ausbessern lassen zu wollen, was jedoch bis zur Stunde nicht geschehen. Wenn Pfarrangehörigen sind gar brave Leute; aber daß die Bergoldung am Hochaltar nicht hält, das schmerzt sie, und sie erwarten von Herrn Diehl, daß er den Schaden gut mache. Von mir erhielt Herr Diehl ein gutes Zeugnis. Aber die herrliche Arbeit; aber dieses Zeugnis hat nur wenig Werth mehr. Ich meine, um die große Summe hätte etwas Besseres geleistet werden können. (Gelächter.)

Meine Herren, das kann einem Manne passieren — der Herr Kollege Diehl hat die Arbeit jedenfalls nicht persönlich gemacht —, aber das kann einem Manne passieren, der sonst in

der ausgeübten Weise für „das Handwerk“ thätig ist. So geht es, wenn man zu viel Geschäfte auf einmal treibt und nicht den Befähigungsnachweis für jedes einzelne erbracht hat. Ich meine, gerade dieser Umstand sollte den Herrn Kollegen Diehl veranlassen, von der Fortsetzung des Befähigungsnachweises abzugehen, weil gerade ihm derartiges Malheur nicht mehr passieren könnte, und nicht bloß ihm, sondern auch anderen Leuten, die auf demselben Boden stehen wie er, und durch derartige praktische Mißerfolge wird die Sache ungeheuer diskreditirt, die man vertreibt. Ich glaube, damit ein Beispiel dafür geliefert zu haben, daß der Befähigungsnachweis die unglücklichste Forderung ist, welche die Herren jemals aufgestellt haben. Ich bin da von dem Behaltensweisen etwas abgekommen (Gelächter); aber da der Befähigungsnachweis ja auch auf unsern heutigen Programmen steht, so schadet es nichts, wenn ich das etwas außer der Reihenfolge vorgebracht habe.

Die Unfallversicherung für das Handwerk ist ebenfalls seitens des Herrn Regierungsvertreters in Aussicht gestellt worden, es ist klar worden, daß bereits die Vorarbeiten beendet sind, die Grundzüge schon vorliegt. Dem Landtag gegenüber kam ich nun bis zu einem gewissen Grade der Regierung unsere Anerkennung auszusprechen; wir sind zwar bekanntlich mit dem gegenwärtigen Unfallversicherungsgesetz, namentlich mit der Art seiner Organisation und mit den Summen, die da bezahlt werden, nicht zufrieden; aber es ist immerhin ein kleiner Fortschritt gegenüber früher darin enthalten, und das, was die Regierung nun heute zugestanden hat, ist nichts Anderes, als wiederum das Eingehen auf eine alte Forderung von uns. Wir haben gleich, als das Unfallversicherungsgesetz seinerzeit eingebracht wurde, das Verlangen gestellt, daß das Gesetz auf alle Berufe, auch auf die handwerksmäßigen, ausgedehnt werden solle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn das jetzige Entgegenkommen der Regierung als ein Resultat der Innungsagitation hingestellt wird, so ist uns das egal, wenn wir nur überhaupt dazu kommen. Ob es als unser Verdienst hingestellt wird oder nicht, das ist gleichgültig.

Dann kommen die Korporationsrechte für die Innungen. Es ist vorhin schon von dem Herrn Kollegen Eberlin betont worden, daß man hier auf der linken Seite nicht so ganz bedingungslos, wie der Herr Minister gemeint hat, diese Verleihung von Korporationsrechten begründet finden wird. Diesen Punkt und die gleichfalls in Aussicht gestellte Organisation des Handwerks kann ich nicht gut kritisieren. Diese beiden Punkte hängen eng zusammen und es kommt in der That sehr darauf an, wie diese Organisationen aussehen werden, wenn man lediglich den Innungen, wie sie jetzt existieren, Korporationsrechte verleihen will. Ich möchte dagegen geltend machen, daß es mit den ganzen heutigen Verhältnissen im deutschen Reich in Widerspruch steht, ausgeprochen politischen Vereinen Korporationsrechte zu verleihen. Das wäre eine Bevorzugung dieser Elemente den übrigen Handwerkern und namentlich den Arbeitern gegenüber, die seitens der Regierung gänzlich verantwortet werden könnten. Wir erwarten allerdings, daß wenn den Innungen Korporationsrechte verliehen werden, sofort auch den Fachvereinen diese zugestanden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sowie die den Innungen diese verliehen sind, Sie verpflichten; daselbe auch den Arbeitern gegenüber zu thun. (Zuruf.) — Es wird mir zugerufen, man fordere sich heraus. Ich glaube auch, daß diese Stimmung in Regierungskreisen vorherrschend sein mag. Aber es wird dann mit der Agitation fortzuführen werden, daß man Sie zwingt, nachgeben zu müssen, wie Sie schon in verschiedenen anderen Punkten auch nachgeben mußten, jedenfalls werden wir, wenn es so, wie in Aussicht gestellt ist, geschieht, daraus auch Vorteile für die Arbeiterklasse zu gewinnen haben.

Dann aber ist seitens des Ministers erklärt worden, daß er es für „nahezu unmöglich“ hält, den Befähigungsnachweis einzuführen, wie er in Österreich eingeführt worden ist, und wie seitens der Herren Diehl und Adermann beantragt wird. Allerdings hat Herr Diehl vorher erklärt, daß nur die letzten Punkte des Protokolls wichtig sind, und er für diese Punkte stehen würde, auch als Präsident des Herrn Ministers erklärt wurde, daß das Protokoll doch seine Wichtigkeit habe. Ich weiß nicht, in welcher Weise die Punkte bei derartigen Sachen geäußert werden; das Protokoll möge ich nicht gerade in mir, aber nach der ganzen Stellung des Herrn Diehl nach der hiesigen Konferenz, namentlich nach dem, wie er sich heute entgegenkommend gezeigt hat, und nach seinem Verhalten aus dem Handwerkerkongress in Wien, glaube ich allerdings, daß das Protokoll Recht hat. Wenn es ist, daß die Forderungen, wie sie von Adermann und Diehl in Bezug auf den Befähigungsnachweis aufgestellt wurden, noch in ihrer Konsequenz als nahezu unmöglichbar anzusehen sind. Und gehen wir aber weiter. Wir sind der Meinung, daß diese Forderungen nicht nur nahezu unmöglichbar sind, sondern überhaupt unmöglich sind. Ich habe im Laufe des Sommers wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Leuten zu verkehren und mich zu betheiligen, die in der österreichischen Handwerkerbeziehung eingehend thätig gewesen sind; da wurde mir von diesen Leuten, die heute noch praktisch als Handwerkermeister thätig sind, rund heraus erklärt, einen größeren Fehler könnten die Handwerker Deutschlands nicht machen, als daß sie sich auf den Genossenschaftswandel eingelassen haben — in Österreich heißt man diese Organisation „Genossenschaften“; der hat uns nichts weiter gebracht, als sehr spärliche Maßnahmen an Geld und ein ganz verwerfliches Stützsystem der großen Meister in den Innungen, überhaupt Schanden nach jeder Richtung hin; wir wären froh, wenn wir sie los werden, wenn wir sie dahin würde es auch bei uns kommen, wenn man sich herbeilassen würde, den Befähigungsnachweis einzuführen.

Seitens der Herren Innungsangehöriger wird uns allerdings entgegengehalten, wir seien bloß darum gegen diese Organisationen, weil wir darauf abgesehen, das Handwerk zu vernichten — wir hätten die Absicht, das Handwerk zu vernichten. Meine Herren, das fällt uns gar nicht ein! Selbst wenn wir der Meinung wären, das wäre nichts als die Vernichtung des kleinen Handwerkers hinzuweisen ist, so hätten wir das gar nicht nötig, weil das den ganz andern Elementen befohlen wird; das befohlen das große Kapital, das befohlen die Gesetzgebung, und das befohlen die großen Erzeugnisse der Zeit, und die Herren von der Innung tragen selber dazu mit bei durch ihre Ungelehrtheit. Wir haben also gar nicht nötig, das kleine Handwerk umbringen zu wollen, wir konstatiren bloß, was ist, nämlich die Thatsache, daß das kleine und auch das mittlere Handwerk heutzutage nicht mehr existiren kann

gegen das Kapital; und je mehr solcher Experimente Sie machen, wie Sie seit 1881 gemacht haben, desto mehr werden uns die Handwerker Recht geben. Denn wenn die vielen Gesetze, die Herr Diehl angeführt hat, nichts genützt haben, so ist dadurch bewiesen, daß mit derartigen Dingen dem Handwerk eben nicht zu helfen ist. Man kann einen Leichnam zwar galvanisiren, ihm damit einige Funktionen abzwängen, aber lebendig machen kann man ihn nicht; und ebenso wenig kann man durch derartige Palliativmittelchen, durch solche Schönheitspflasterchen, wie sie in Ihrer Gesetzgebung stecken, durch das nicht mehr zeitgemäße Institut der alten Kunst das Handwerk wieder anfrichten. Je mehr verfehlte Experimente Sie also machen, desto rascher werden Sie für die Abwirthschaftung der Handwerksidee, d. h. der Kunstidee, sorgen und desto eher die kleinen unter den Handwerkern in das sozialdemokratische Lager herüber treiben.

Und damit komme ich zu gleicher Zeit auf die Anschauung, die der Herr Staatsminister von Bechtler vorher mit sich — ich möchte sich sagen — sänftigungsvollen und hoffnungsreichen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Er meinte, wenn durch all diese hübschen Dinge, die er in Aussicht gestellt hat, der goldene Boden des Handwerks wieder hergestellt sei, dann würde man auch die Hoffnung hegen, daß das deutsche Handwerk wieder eine Säule der Ordnung sein werde, eine Stütze der Monarchie und des Vaterlandes. — Kurz, wie alle die schönen Sachen heißen, die man als Schlagworte gegen uns in's Feld zu führen pflegt — es würde der Handwerker eine Stütze der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sein, auf die man sich verlassen könnte. Meine Herren, Sie wissen ja, wir halten die gegenwärtige „Ordnung“ für eine große Unordnung und haben die Gemüthung, daß die Angehörigen des Handwerks tagtäglich in größerer Anzahl zu uns herüber kommen, und das ist auch der Grund mit, warum die Innungen so gar nichts zu leisten vermögen. Gerade diejenigen Leute, denen am nötigsten geholfen werden soll, also die kleinen Handwerker, verschüchtern von Ihrer Hilfe nichts. Die kommen mehr und mehr zu klarer wirtschaftlicher Einsicht und sagen: es ist uns nicht anders zu helfen als durch radikale Umänderung der gesammten Produktionsweise, es hilft uns nichts Anderes als die Verstaatlichung im vernünftig organisirten demokratischen Staat, die Vergeßlichkeit der gesammten Produktionsweise, wobei man dann keine in schlechten, rauchigen, engen, niedrigen, gesundheitswidrigen Werkstätten arbeitende kleine Handwerker mehr braucht, sondern wo es nur frei neben und mit einander produzierende Genossen giebt, die alle reichlicher zu leben haben werden, als gegenwärtig die kleinen Handwerker. (Widerspruch und Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Meine Herren, so lassen wir die Sache auf. Sie können ja darüber anderer Meinung sein, aber wir fühlen uns gar nicht gedrängt durch die Worte, die vom Ministerialstuhl gesprochen worden sind; wir halten es nur für notwendig, hier zu konstatiren, wie es mit der Entwicklung des Handwerks werden wird. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, die kleinen draußen zu warnen und sie darauf zu verweisen, was die Innung bis jetzt geleistet resp. nicht geleistet hat.

Der Herr Kollege Hartmann hat geäußert, was in der kaiserlichen Bescheid vom 17. November 1881 ausgedrückt wurde, daß ich jetzt zum weitest größten Theile verspricht, und nur hier und da sei es noch nötig, etwas an- oder auszubauen. Nun, meine Herren, wenn die kaiserliche Bescheid wirklich nichts Anderes im Auge gehabt hat, als was ich hier und jetzt festsetzt, dann glaube ich, daß die Frau Hände lassen zu werden brauchen. Ich bin aber der Meinung, daß man sich an maßgebender Stelle etwas Anderes vorgestellt hat, was daraus hervorgehen könnte. Möglich, was aus der kaiserlichen Bescheid, aus kaiserlichen Erlässen mitgeteilt werden kann, das haben ja am allerersten die Herren in dem vorigen Jahre gesagt, resp. hat uns die Botschaft in dem Reichsland geäußert durch Herrn Bechtler, daß man die Innungen in der weitest größten Theil des Reichs, was in dem Reich nicht mehr versprochen war, in der Gewerbeordnung nicht zum Ausdruck gekommen ist, den Innungen nicht gegeben werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die Innungen, die Sie den Innungsmitgliedern resp. den Innungsagitatoren in Aussicht gestellt haben, resp. hat uns in dem Reich nicht mehr versprochen, als was ich hier und jetzt festsetzt, das ist ein Widerspruch. Die Innungen, die Sie den Innungsmitgliedern resp. den Innungsagitatoren in Aussicht gestellt haben, resp. hat uns in dem Reich nicht mehr versprochen, als was ich hier und jetzt festsetzt, das ist ein Widerspruch. Die Innungen, die Sie den Innungsmitgliedern resp. den Innungsagitatoren in Aussicht gestellt haben, resp. hat uns in dem Reich nicht mehr versprochen, als was ich hier und jetzt festsetzt, das ist ein Widerspruch.

Und das ist der Augen, den wir aus der Innungen Debatte ziehen. So meinen wir, muß die Sache sein. Und wenn dann alle die mehr erregten Innungsmitglieder sich abgewandelter haben und die große Mehrheit der Handwerker eingesehen hat, daß dies nichts genützt hat, dann blüht unser Weisen, ohne daß wir nicht gerade davon selber zur Vermeidung des Handwerksstandes beitragen, und dann wird die Hand der kleinen Handwerker eingeklemmt, daß die Rettung bei den Innungen nicht zu suchen ist, sondern daß dieselbe nur zu suchen ist in der sozialdemokratischen Gesellschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Anträge zum Gewerkschaftskongress.

Nachstehend bringen wir die Anträge und Resolutionen, wie sie bei der Unterzeichnung angenommen und eingeleitet sind, um dem Kongress zur Verlesung und Verabreichung zu werden. Die Anträge werden weiter noch in einem Sonderabdruck erscheinen und jedem Delegirten von Staatswegen des Reiches zugestellt werden. Es liegt allen im Interesse der einzelnen Delegirten, die gewählten Delegirten anzuweisen, damit die Vertreter auf dem Kongress ihren Vorkern nicht eingehend mit den einzelnen Anträgen vertraut machen können. Wir erwarten, daß sich mancher kurze Satz vor dem Tage, an welchem der Entscheid über die weitere Gestaltung der Gewerkschaftsorganisation fallen soll, alle unentgeltlich zweckmäßig eingehend mit der Sache

besessen und behalten uns gleichfalls noch eine Meinungsäußerung über die Durchführbarkeit der einzelnen Vorschläge vor.

Vorstand und Ausschuss des Verbandes deutscher Zimmerleute. Resolution.

In Erwägung, daß die Bildung von Unionen bei den meisten Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge notwendig erforderlich macht.

In weiterer Erwägung, daß die Mitglieder vieler Organisationen zu einer höheren Beitragsleistung aber nicht herangezogen werden können und in schließlicher Erwägung, daß eine auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die zur Union gehörenden Berufsorganisationen nicht geeignet erscheint, den gewünschten Erfolg zu erzielen, beschließt der Gewerkschaftskongress...

1) sich bei Streiks oder Ausberrungen gegenseitig finanziell zu unterstützen; 2) ihre gegenseitigen Mitglieder auf der Reise zu unterstützen und zwar derart, daß an den Orten, wo die eine Organisation keine örtliche Verwaltungsstelle hat, die Unterstützung von der Organisation gezahlt wird, welche eine Verwaltungsstelle an Ort hat.

Die Generalkommission bleibt bestehen und hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

2) die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterchaft zusammenzustellen;

3) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;

4) in bestimmten Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände an einzelne Gewerkschaften bei Ausberrungen Unterstützung aus dem vorhandenen Fonds zu gewähren. - Zeigt es sich, daß die vorhandenen Mittel nicht genügen, so hebt der Generalkommission das Recht zu, Ergänzungsbeiträge zu schreiben. Diefelben dürfen jedoch 20 % pro Jahr und Mitglied der zentralisierten Vereine nicht übersteigen.

Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber:

1) hat jede zentralisierte Gewerkschaft pro Mitglied und Quartal 6 % an die Generalkommission zu leisten. Aus dieser Summe, sowie aus dem Ertrag der Ertragsbeiträge hat die Generalkommission die sämtlichen Ausgaben, einschließlich der Agitation und Ausberrungen zu bestreiten;

2) nach Beendigung eines jeden Streiks in der Generalkommission schriftlich Bericht über den Verlauf und Erfolg desselben zu ermitteln; desgleichen müssen der Generalkommission die von den einzelnen Gewerkschaften aufgenommenen statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Publikationsorgan der G. A. bestimmt der Kongress eines der bestehenden Gewerkschaftsorgane. Dies ernannte Organ ist, sobald Schlußanweisungen der G. A. darin enthalten sind, den Vorständen der Zentralvereine, den Vertrauensleuten derjenigen Gewerkschaften, deren Landesorgane eine Zentralisierung unmöglich machen, sowie den Redaktionen der Arbeiterzeitschriften gratis zuzustellen. Die Kosten des Abdrucks, sowie die der Verpackung trägt die Generalkommission.

Die Einberufung des nächsten Gewerkschaftskongresses

bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände überlassen.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband. Filiale Berlin.

Organisationsplan.

Im ersten Theile (von den Zentralvereinen handelnd) gleich dem Entwurfe der Generalkommission unter Hinzufügung des Satzes: "Den Filialen ist möglichst Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit zu lassen und sind dieselben nur insoweit von der Zentralverwaltung abhängig, als dieselben einen auf den Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften festzusetzenden prozentualen Beitrag ihrer Einnahme zur Leitung der Zentralgeschäfte abzuführen haben."

Agitation.

Um eine Überbrückung zwischen den organisierten und unorganisierten Berufsangehörigen herbeizuführen, andererseits im etwaigen Eingreifen zu befehlen und die Gefahren, welche Aufwühlungen aus sich bringen, abzumildern, ist das Vertrauensmännertum der einzelnen Gewerkschaften anzuerkennen. Dasselbe ist durch keinerlei Formen mit den Vereinigungen in Verbindung zu bringen und nicht also getrennt da. Das einzige Bindeglied ist die Fachpresse. Diefelbe ist nicht das Organ der Vereine, sondern das geistige Band, welches alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerkschafts gemeinlich verbindet. Um den planlosen Neugründungen kleiner Blätter vorzubeugen, halten die verwandten Gewerkschaften ein gemeinsames Organ, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessen der einzelnen Gewerkschaften Rechnung getragen wird. Die einzelnen Fachpressen dienen gleichzeitig dazu, die nötigen Bekanntmachungen der Generalkommission zu veröffentlichen und sind dieselben als Publikationsorgane der Organisationen der betreffenden Berufsweige zu empfehlen. Die Vertrauensmänner haben eine blamable Agitation zu ertönen und alle im Rahmen der zentralisierten Vereine nicht durchzuführenden Maßnahmen zu erledigen.

Generalkommission.

Zur Herbeiführung einer einheitlichen Regelung derjenigen Angelegenheiten, an denen alle Berufsweige gleichmäßig interessiert sind, wird eine zentrale Körperschaft, die Generalkommission, gebildet. Diefelbe steht vollständig außerhalb der Vereine und besteht aus sieben Vertretern, welche auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress zu wählen sind.

Aufgaben der Generalkommission.

a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

b) die aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterchaft zusammenzustellen;

c) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;

d) in bestimmten und dringenden Fällen und unter Zustimmung der Mehrheit der Vertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften bei Streiks aus einem zu schaffenden Generalfonds Unterstützung zu gewähren.

Arbeitersekretariat.

Uebereinstimmend von der Nothwendigkeit einer Zentralstelle für alle die Arbeiterchaft international berührenden Fragen, wird die Gründung eines nationalen Arbeitersekretariats beschlossen. Die Funktionen desselben werden der Generalkommission überwiesen und hat dieselbe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse zu handeln.

Gewerkschaftskartelle.

Um die Erzielung der gleichmäßigen Interessen der einzelnen Gewerkschaft eines Ortes oder Industriekreises einheitlich zu gestalten, sind in öffentlichen Versammlungen Vertreter und Ber-

treterinnen aus den einzelnen Branchen zu wählen; dieselben haben alle gleichmäßigen Angelegenheiten, namentlich in Bezug auf Agitation, Streiks, Vorkonten, Aussperrungen, Lokalangelegenheiten, Wahlen zu den Gewerbebehörden u. s. w. zu erledigen; ferner haben dieselben alle von der Generalkommission als im Interesse der allgemeinen Arbeiterchaft anerkannten Maßnahmen mit zur Durchführung zu bringen und dieselbe in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Gewerkschaftskartelle der einzelnen Orte oder Industriebezirke sind verpflichtet, dem nationalen Arbeitersekretariat die Ergebnisse der Erhebungen ihres Ortes oder Bezirkes periodisch mitzuteilen.

Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Leipzig.

Die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation bilden die Zentralverbände verwandter Berufsweige.

In dem Entwurf sind in der Abtheilung "Organisation der deutschen Gewerkschaften" im dritten Absatz die letzten Worte, "wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen", sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen.

Unter "Aufgaben der Zentralvereine" ist dem Absatz 2 hinzuzufügen: "ferner an solche, welche durch unverschuldete, unvorhergesehene Fälle in Noth gerathen sind. (Besonderlich der Letzteren sind von der Zentralleitung nähere Bestimmungen festzusetzen.)"

Unionen.

Die Zentralvereine der verwandten Berufsweige verbinden sich unter einheitlicher und aus Vorstandsmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommenden Verbände bestehender Leitung zu sog. Unionen.

Dieselben bilden in ihrer Gesamtheit den alleinigen, bestimmenden und ausschlaggebenden Faktor der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Zur Erledigung und Handhabung aller Geschäfte und derjenigen Angelegenheiten, bei welchen alle Unionen gleichmäßig interessiert sind, wird auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress ein Geschäftsführer als ausführende Person gewählt, an dessen Seite je ein Unionsvertreter gestellt wird.

Aufgaben der Unionen.

a) und b) in der von der G. A. vorgeschlagenen Fassung;

c) Streiks, welche innerhalb der zur betreffenden Gruppe gehörenden Industriezweige notwendig werden und Aussicht auf Erfolg haben, von den einzelnen Berufsorganisationen aber nicht wirksam geführt werden können und nachdem sie von der Union gutgeheißen sind, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Letztere sind im prozentualen Verhältnis zur Stärke von allen zur Union gehörenden Einzelorganisationen aufzubringen;

d) das Wort "möglichst" zu streichen.

Aufgaben des Geschäftsführers.

Derselbe hat die Aufgabe, mit Hilfe der Unionsvertreter:

a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

b) die Beschlüsse der Unionen, sowie die nötigen rechtzeitigen Bekanntmachungen in der Tagespresse zu erlassen;

c) und d) in der Fassung des Entwurfs der Generalkommission;

e) ganz streichen.

Die Bestimmung, daß Zentralvereine, welche keiner Organisation angehören, durch Abgabe von 2 Prozent der Einnahme von 15 % Wochenbeitrag an den Geschäftsführer sich der Gesamtorganisation anschließen können, ist zu streichen.

Verband der Sakenarbeiter und Verband der Werstarbeiter.

Dem Organisationsentwurf der Generalkommission soll in dem Absatz, welcher lautet: "Die Grundlage der gesamten

Die Dynamikflinte.

Eine heitere Geschichte aus sozialistischer Zeit, erzählt von Ernst Richard.

(Fortsetzung)

Am Abend desselben Tages suchte ich den erwähnten Gewerkschaften auf, um mit ihm noch einmal über die Flinte vom Montag zu sprechen. Diefelbe war auch überaus, daß der lange Stängel bei der Dynamikflinte glänzte. Er erklärte mir, daß ich mich bei diesem Stande zu halten.

So vergangen einige Tage, und ich dachte immer noch an die Geschichte, die mir eines Abends der "Der alte Uhl" in der Nacht der Polizeiveranstaltung Uhl wegen eines Unfalls erzählt war, der unter der Hand eines kleinen Knechtes seinen Namen genannt wurde, zu mir in die Welt kam.

Guten Morgen, Herr Richard!

Guten Morgen, Herr Uhl, was bringen Sie mir heute für Neuigkeiten?

Ich bringe nichts, ich würde Sie alles fragen, ob Sie nicht wissen, wo der Leberecht Herrmann, mit dem Sie früher immer verkehrten, sich jetzt aufhält; er ist in einer Verhaftung als Folge von einem Unfälle, es war aber Richard, wo er jetzt ist, antwortete Uhl mir meine Frage nach dem Fundamentament. Dabei kicherte er, als ob er einen kleinen Scherz gemacht hätte in der Richtung, als ob er einen Scherz gemacht hätte.

Da ich die Fragestellerin konnte, so der mich Richard, dessen heiterer Gesichtsausdruck der mir bekannt war, den ich bei ihm sah, hat mich nicht, um die Hand zu legen, um mich zu beruhigen, um die Hand zu legen, um mich zu beruhigen, um die Hand zu legen, um mich zu beruhigen.

Ich habe Sie ja auch ein wenig auf das bei meiner Hand bewährte Gewehr loslassen, und zwar mit einem Gewehr, das ich von einem alten Gewehrmeister gekauft habe, das ich von einem alten Gewehrmeister gekauft habe, das ich von einem alten Gewehrmeister gekauft habe.

In der vorigen Nummer hat Herr Uhl eine kleine Geschichte erzählt, die betriebliche Polizei hat nicht Uhl, sondern Uhl.

flinte umgerüstet hätte. Dort im Fenster stand nämlich noch immer die "Dynamikflinte", war aber durch eine inzwischen darüber gewählte Partie Kehlstein ziemlich verdeckt worden und so dem Hauptstange des bieder Politiken bis dahin verborgen geblieben. Diefelbe nahm das Gewehr in die Hand und betrachtete es eben so eingehend von allen Seiten, wie einige Tage zuvor sein langer Kollege. Ja, der "Dide" nahm sogar einen auf der Gehelband liegenden Kofschab und maß das Kaliber. Dann fragte er: "Gehört das Gewehr Ihnen?"

"Ruhoh!"

"Das ist ja ein ganz merkwürdiges Gewehr. Woher und wozu haben Sie dieses?"

"Ich will nächsten Herbst mit auf die Jagd gehen," antwortete ich lachend.

"Auf die Jagd? Mit diesem Gewehr? Das machen Sie mir nicht weis, Herr Richard, das ist keine Jagdflinte," erwiderte Uhl scharf. Und indem er seinen breiten Mund zu einem trübsten Lächeln verzog, mich mit seinen kleinen Augen, die in einem tiefen, fetten Gesicht sich wie ein Paar dunkle, weitläufige Punkte ansetzten, von der Seite anschielte und mit dem Kopfe bedeutungslos nicht, fuhr er fort:

"Sie denken wohl, Herr Richard, wir kennen diese Sorte Gewehre nicht? Ich wundere mich nur, daß Sie das Ihrige so offen hinsetzen. Lassen Sie sich nur keine Unannehmlichkeiten damit anmerken."

Jetzt wurde ich genug. Wer mir vorher schon das Umherwandern des Schützen und die Jagd angeschlossen, mit der er sich auf das Gewehr geübt, seine letzten Worte machten er mir ganz, daß ich den lange Stängel von der "Dynamikflinte" nicht hätte. Die Leberecht mir wieder einmal mitteilte, habe er es gewagt, um den hiesigen Uhl, der bei seinen Scherzen nicht fehlte, auf's Glatte zu führen. Ich bin aber noch keine der Ueberzeugung, daß es aus Angst geschähe.

Ich kenne mich aber, als wüßte oder ahnte ich von Nichts und kenne trocken.

Unannehmlichkeiten? Wer will mir etwas thun, wenn ich ein Gewehr besitze? Wenn ich mir nicht damit kenne."

Aber Herr Richard, ich bitte Sie, ein Dynamikgewehr ist doch eine Jagdflinte oder Schießbüchse? Hier mir daran der Herr Polizeikommissar mit großer Anwesenheit zu, während ich mir derselben Unannehmlichkeiten wie vorher erwiderte.

Und wenn es ein Dynamikgewehr ist, so stellen sich doch Dynamik Gewehr hat, aber keines, das auf den Kopf von Dynamikgewehr unterliegt. Herr Uhl, wer sagt Ihnen denn, daß dieses hier ein Scherz ist?"

Ich, indem Sie doch nicht, Herr Richard, ich weiß ja

Alles. Ich weiß schon lange, daß in der Stadt eine ganze Menge solcher Gewehre sind," erhielt ich zur Antwort. Worauf ich entgegnete:

"Ja, wenn Sie das wissen und meinen, der Besitz dieser Gewehre ist verboten, warum haben Sie da noch keine Anzeige gemacht?"

Jetzt kam der dicke Fleischlumpen zu mir herangewatscht, und indem er mir auf die Schulter klopfte, sagte er langsam, jedes Wort betonend: "Wenn man Alles anzeigen wollte, mein guter Herr Richard, was man erfährt, dann hätte schon Mancher von Ihren Leuten in's Gefängnis gemußt, der noch nicht drinnen war."

"Na, na, Herr Uhl," warf ich ein, "Sie wollen doch nicht sagen, daß Sie uns schonen?" worauf derselbe so dicht an mich herantrat, daß er mir seinen nach Schnaps und Tabak duftenden Athem in's Gesicht pustete und fast im Flüsterton fortfuhr:

"Sie scheinen mich auch sehr zu verteufeln. Ich bin nicht derjenige, für den mich Viele halten. Ich denke oft in Ihren Versammlungen: Wie recht haben doch die Leute! Sie können mir's glauben, ich möchte so manchmal mit Häuten dreinschlagen, denn wir bekommen bei unserem Dienst mitunter Dinge zu sehen und zu hören, wozu andere Leute gar keine Ahnung haben. Wenn ich Ihnen das erzählen könnte! Aber Sie wissen ja, Unjereiner muß schweigen."

"So geben Sie doch Ihren Dienst auf, dann können Sie reden," bemerkte ich, worauf der alte uniformierte Jesuit erwiderte:

"Ja, mein guter Herr Richard, das ist leichter gesagt als gethan. Was sollte ich wohl anfangen? Und wenn ich gleich wollte, dürfte ich auch noch nichts sagen, ich stände allein und würde höchstens selber noch eingesperrt, denn Sie wissen: Es hat keine Kräfte einer anderen die Augen aus."

Da ich hierauf nichts antwortete, fuhr er nach einer kleinen Pause fort: "Aber wenn ich Ihnen oder Ihren Freunden mal einen Dienst erweisen kann, will ich's gerne thun, wenden Sie sich da nur an mich. Ich erfahre so Manches, was Ihnen von Nutzen sein kann, wenn Sie es rechtzeitig wissen."

Hierbei konnte ich mich eines Lächelns nicht erwehren, deshalb setzte Uhl noch hinzu: "Ja, warum sollte man denn das nicht thun? Wir Polizisten sind auch nicht besser daran, als andere Arbeiter; wir haben auch unter allen häßlichen Beamten den schwersten Dienst und werden am schlechtesten bezahlt."

Diese Worte machten mich zum ersichtlichen Aerger des hiesigen Uhl, was noch mehr lachen. Denn wenn auch dessen Kränkung in Bezug auf die Bezahlung der Stadter Polizisten richtig sein mochte, so war doch gerade er, dessen Körper genügend Fleisch zu zwei normalen Menschen geliefert hätte,

Gewerkschaftsorganisation bildet der Zentralverein der einzelnen Berufe, folgender Satz angehängt werden: „Jedoch sind die Organisationen, in denen sich verschiedene Berufsvereine zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, in erster Linie in der gegebenen Form zu erhalten und für deren Ausdehnung zu agitieren.“

Gewerkschaften Dresdens.

In allen Organisationen ist, wo nicht die ausgedehnte Hausindustrie zu große Schwierigkeiten bereitet, nach längerer Karenzzeit die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Zentralverband der in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Die Festsetzung eines Einheitsbeitrages muß unterbleiben, weil die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufe zu verschieden ist. Unter „Aufgabe der Unions“ ist dem Abjakt b hinzuzufügen: „Das Organ erhält jedes Mitglied gratis.“

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.

1. Den jetzt auf 3 $\frac{1}{2}$ festgesetzten, bis zum Kongress im nächsten Quartalsbeitrag auf 10 $\frac{1}{2}$ von da ab zu erhöhen.
2. Ausstände nicht organisierter Arbeiter dürfen von Seiten der Generalkommission mit Gewerkschaftsgeldern nicht unterstützt werden.

3. Anleihen zum Zweck der Unterstützung von Streiks dürfen nicht aufgenommen werden.

4. Wir beantragen die Wahl einer Revisionskommission, aus 5 Mitglieder bestehend.
Diese soll lediglich

- a) die Abrechnungen, Belege für Einnahme und Ausgabe der Generalkommission prüfen;
- b) die Gehälter für die ständig in der Kommission thätigen Mitglieder festsetzen;
- c) für etwaige Versäumnisse der Kommissionsmitglieder die Entschädigungssätze bestimmen.

Verband der Bäcker.

Der Resolution der Halberstädter Konferenz betreffs der Unterstützung von Streiks ist folgender Zusatz zu geben:

- 1. Nur Angriffsstreiks solcher Gewerke und Industrien werden unterstützt, in welchen noch keine regelmäßige Arbeitszeit durchgeführt ist.
- 2. Streiks in den Nahrungsmittelbranchen werden nur in den ersten 14 Tagen unterstützt.

Resolution.

In Erwägung, daß es zum vollen Durchbruch der Gewerkschaftsbewegung unumgänglich nötig ist, daß alle Gewerke und Industriezweige in die Bewegung gezogen werden, erklärt es der Kongress für Pflicht der Delegierten, sowie aller zielbewußten Arbeiter, überall dahin zu wirken, daß die noch nicht genügend oder gar nicht organisierten Branchen wie Bäcker, Müller, Schlächter usw. zur Organisation herangezogen werden.

Insbefondere erklärt es der Kongress für notwendig, daß bei etwaigem gemeinsamen Vorgehen der Nahrungsmittelarbeiter zur Erringung einer geregelten Arbeitszeit usw. dieselben allerwärts und von vornherein mit aller Kraft in sekundärer und moralischer Hinsicht unterstützt werden.

Verein deutscher Schuhmacher. Zahlstelle Straßburg i. E.

- 1. Die sämtlichen zentralisierten Vereine und eingeschriebenen Hilfskassen eines Industriezweiges (Bekleidungs- und Lederindustrie) vereinigen sich und bilden einen Verband mit Namen Union (sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungs- und Lederindustrie).
- 2. Die Union wird in Gewerkschaften eingeteilt.
- 3. Jeder Gewerkschaft hat für Einführung eines Maximalarbeitstages, sowie eines Minimallohnes, unter welchem kein Mitglied bei Strafe des Ausschlusses arbeiten darf, Sorge zu tragen.

- 4. Erhöhung des Eintrittsgeldes auf mindestens M. 1.
- 5. Festsetzung der Beiträge auf 20 $\frac{1}{2}$ pro Woche, und die betreffenden Fachorgane sind, den Mitgliedern unentgeltlich zuzustellen.
- 6. Festsetzung der Reiseunterstützung auf mindestens 80 $\frac{1}{2}$ pro Tag.
- 7. Einführung der Unterstützung für Arbeitslose mit mindestens der Hälfte des Durchschnittslohnes des betreffenden Ortes.
- 8. Der Sitz sämtlicher Zentralverbände wird an einen Ort verlegt.
- 9. Errichtung eines Arbeitersekretariats zur Vornahme statistischer Erhebungen, sowie zur Untersuchung von Thatsachen. Dasselbe dient zugleich als Verbindungsglied mit den ausländischen gewerkschaftlichen Verbänden.

Vorstand und Ausschuss des Metallarbeiterverbandes.

Resolution.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes halten fest an dem dem Metallarbeiterkongress zu Frankfurt a. M. beschlossenen Organisationsform, in der Ueberzeugung, daß die in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter ein größeres Rückhalt nur geboten werden kann, wenn sie sich in großen Organisationen vereinigen, die eine einheitliche Leitung ermöglichen und im Stande sind, gegebenen Falles ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen zc. aus eigenen Mitteln zu unterstützen.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes sind bereit, ein Uebereinkommen sämtlicher Gewerkschaften nach Kräften zu unterstützen, soweit es sich um eine gegenseitige Unterstützung bei außergewöhnlichen Lohnkämpfen zc. handelt.

Zu diesem Behufe wird die Errichtung einer Generalkasse empfohlen, in welche alle beteiligten Gewerkschaften — ein Zwang kann nicht stattfinden — einen bestimmten, nach der Kopfzahl berechneten Beitrag leisten. Im Bedarfsfalle erhalten die beteiligten Gewerkschaften, unverzinsliche Darlehen. Weitere nicht zurückzahlende Unterstützungen können, soweit die Klassenverhältnisse es gestatten, gewährt werden.

Wird auf letztgenannte Unterstützung Anspruch erhoben, so ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerkschaften, bezw. der von den einzelnen Gewerkschaften aufgestellten Vertreter des Verwaltungsrathes erforderlich.

Der Verwaltungsrath besteht aus je einem Mitglied der beteiligten Gewerkschaften. Derselbe ernannt den Generalkassierer, sowie einen aus fünf Personen bestehenden Exekutiv-Ausschuss. Ersterer hat die Kasse zu verwalten, letzterer die Kassenehrung zu überwachen und in Gemeinschaft mit dem Generalkassierer die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Weder der Generalkassierer noch die Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses dürfen eine leitende Stelle in einer Gewerkschaft bekleiden, um zu verhindern, daß die eine oder andere Gewerkschaft bevorzugt wird.

Nur der Generalkassierer wird besetzt, den Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses und des Verwaltungsrathes werden event. Vorkosten vergütet und Daten gewährt.

Der Exekutiv-Ausschuss hat kein Recht eigenmächtig Sammlungen unter den Gewerkschaften zu veranstalten.
(Correspondenzbl. d. Generalkomm.)

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. H.)

Hamm i. W. Seitdem unsere Zahlstelle gegründet ist, die Mitgliederzahl von 13 auf 25 gewachsen. Es haben sich bereits schon 38 Kollegen annehmen lassen, doch durch Abzug sind mir 25 Mitglieder geblieben. Im zweiten Weihnachtstage veranstaltete die hiesige Zahlstelle ein Wintervergüngen, bestehend

in Theater, Vorträgen und Ball, um durch dieses die uns noch fehlenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Wir können mittheilen, daß uns dies auch bei Einigen gelungen ist und hoffen, noch Mehrere heranzuziehen zu können, aber es bleiben trotzdem noch sehr Viele zurück, die nicht einsehen wollen, daß nur Einigkeit uns stark macht. Von dem Ueberflusse, den wir bei diesem Vergüngen erzielt (annähernd M. 100), haben wir M. 40 den streikenden Buchdruckern, M. 20 dem Zentralstreikfonds und M. 10 für lokalgewerbliche Angelegenheiten verausgabt. Aber wie fast in jeder Zahlstelle Mißstände vorhanden sind, so ist es auch hier der Fall. Oftmals entstehen die Mißstände dadurch, daß von zwei sich gegenüberstehenden Parteien keine im Unrecht zu sein glaubt. Zwei Fälle seien hier aufgeführt. In der Möbelfabrik von S. Steimann befanden sich zwei Kollegen in Lohnkämpfen. Das Arbeitsverhältnis in genannter Werkstätte abwechselnd Akkord und Lohn. Ein Kollege erhielt den Auftrag, einen Akkord von sechs weißen Waschkommoden ohne Blätter und Aufsätze zu machen. Nachdem der Akkord fertig, forderte der Prinzipal, noch auf zwei der gelieferten Kommoden Blätter und Aufsätze zu machen. Der betreffende Kollege führte die Arbeit aus in dem guten Glauben, dafür besonders bezahlt zu werden. Nicht geringes Erstaunen erregte es, als ihm dieses seitens des Prinzipals verweigert wurde. Hierauf kündigte der Kollege und wollte nach § 129 der Gewerbeordnung aufhören, in Anrechnung vierzehntägiger Lohnarbeit. Der Prinzipal entschied sich, ihn jedoch sofort zu entlassen, wenn er nicht vierzehn Tage im Akkord weiter arbeiten wolle. Dieses that der Kollege nicht. Ein zweiter Fall in derselben Werkstätte. Ein Kollege hatte ebenfalls Akkordarbeit angenommen, mußte dieselbe aber wegen mehrtägiger Krankheit unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit fand der Kollege zwei andere Kollegen an seiner Arbeit im Lohn beschäftigt. Da der Kollege durch jene Manipulation sich geschädigt sah, erklärte er den angenommenen Akkord nunmehr für aufgelöst, in Anrechnung als Lohnarbeit. Besonders sei noch bemerkt, daß der betreffende Kollege nach Wiederaufnahme der Arbeit noch zwei Tage arbeiten mußte, ohne dafür entschädigt zu werden. Selbstverständlich forderte der Kollege für diese zwei Tage Bezahlung, indem ihm diese jedoch verweigert wurde, kündigte der Kollege, um nach vierzehntägiger Lohnarbeit aufzuhören. Der Prinzipal entschied sich, den Kollegen sofort zu entlassen, wie bei dem erstgeschilderten Falle. Beide Kollegen betreten schließlich den Klageweg vorerst beim Schiedsgericht. Da diesem jedoch die Kompetenz, ein Vollstreckungsurtheil zu vollziehen, mangelte, findet dieselbe bis auf Weiteres ihren Abschluß vor dem königlichen Amtsgericht zu Hamm. Den Verlauf dieser Angelegenheit und Arbeitsverbindung werden wir später in der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichen.

Nach Christi. Soeben erfahre ich, daß in dem einen der oben geschilderten Klagefälle dem Kollegen die Aufsätze und Blätter für die Waschkommoden nachträglich bezahlt worden sind. Es handelt sich also jetzt nur noch um die Klage des Kollegen.

Priswalf. Am Sonntag, den 3. d. Mts., fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Nach Verlesung der Abrechnung vom vorigen Quartal fand die Neuwahl der Lokalverwaltung statt. Die Neuwahl der Lohnkommission wurde des nächst besten Verfalls der Versammlung halber auf die nächste Versammlung verschoben. Den streikenden Buchdruckern wurden aus der Lokalkasse M. 12 bewilligt. Nachdem noch der Bevollmächtigte die Mitglieder ermahnt, die Versammlung besser zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Neu-Jenuburg. Am 3. Januar fand hier eine Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Buchdruckerbewegung. 3. Verschiedenes. Unser jetziger Bevollmächtigter, Jos. Raible, sah sich aus familiären Verhältnissen und mit Rücksicht auf seine achtjährige Thätigkeit veranlaßt, als Bevollmächtigter zurückzutreten, welches auch anerkannt wurde. Zum zweiten Punkt, die Buchdruckerbewegung,

ein recht drastischer Zeuge für die Schwere ihres Dienstes. Denn wie schon an anderer Stelle bemerkt, verdrängen die dortigen Polizisten mindestens dreiviertel ihrer Dienstzeit in den Gastwirtschaften, wo sich, wie das in allen kleinen Städten geschieht, meist Leute fanden, die für sie bezahlten. Ich danke dem biden Uhle für sein freundliches Anerbieten mit dem Bemerkten, daß ich wohl kaum jemals in die Lage kommen würde, seine Dienste in Anspruch zu nehmen. Uebrigens, wenn er glaube, mal Etwas zu wissen, das nach seiner Meinung mich interessieren dürfte, so möge er es mir nur mittheilen.

Er versprach das thun zu wollen, und ich hielt damit unsere Unterhaltung für beendet. Uhle wandte sich auch schon der Thür zu, lehrte aber auf halbem Wege noch einmal um und sagte:

„Da fällt mir eben gleich Etwas ein, wie ich vielleicht nützen kann. Sie haben doch zu Ihren Dynamitgewehren sicher auch Patronen, und wie Sie selber wissen, wird es hart bestrast, wenn Jemand Dynamit im Hause hat.“

„Verhüten Sie sich, Herr Uhle,“ unterbrach ich seinen Redefluß, ich habe keine Dynamitpatronen im Hause.“

„Das glaube ich gerne,“ fuhr er eifrig fort, „aber dann haben sie andere von Ihren Leuten in Verwahrung, und für diese könnte es schlimm werden, wenn etwa mal bei einer Haus-suchung solche Patronen gefunden würden. Ich meine daher, es würde gut sein, wenn Sie mir sagten, wo sich die Patronen befinden, damit ich die betreffenden Leute rechtzeitig warnen kann, falls bei dem Einen oder Andern mal eine Haus-suchung stattfinden soll. Wir erfahren das in der Regel doch immer etwas früher.“

Im ersten Augenblick war ich über dieses Ansuchen auf's Höchste empört. Es hat mich immer geärgert, wenn mich Jemand für dummer gehalten, als ich wirklich bin, aber noch nie so, als bei diesem Löbel von Polizisten. Denn da er doch ersichtlich an die Dynamitfunde glaubte, für wie dumm mußte er mich da halten, um annehmen zu können, es sei ihm mit seinem Gewehr wirklich gelungen, bei mir den Glasper zu erweiden, er sei ein so aufrichtiger Freund der Sozialdemokratie, daß ich ihm ein so wichtiges Geheimniß verrathen würde, als wie es der Aufbewahrungsort der Dynamitpatronen doch zweifellos gewesen wäre, wenn die Geschichte einen ersten Hintergrund gehabt hätte. Ich war daher schon im Begriff, den Schwachkopf dorthin ablaufen zu lassen, als mir ein Schall in's Ohr flüsterte: Den kannst Du für seine Schmeichelei besser fragen! Denn daß Uhle nur um zu schmeicheln gekommen, war jetzt klar ersichtlich. So sagte ihm deshalb nur ich wie nicht, wer die Patronen in Verwahrung habe, wahrheitsgemäß wären

sie aber so gut untergebracht, daß sie bei einer Haus-suchung nicht gefunden würden.

Mein Unwille über die Unpersönlichkeit dieses Polizeimenschen war aber so groß, daß er auch in der Art, wie ich meine letzte Aeußerung machte, zum Ausdruck gekommen sein mag. Uhle spielte die beleidigte Unschuld, indem er sagte:

„Na ich sehe ein, Sie trauen mir nicht, denn Sie wissen sicher, wo die Patronen sind. Wenn Sie es mir aber nicht sagen wollen, kann ich es freilich nicht ändern. Hoffen wir, daß Sie es nicht zu bereuen haben.“

Damit verabschiedete er sich kurz, während ich ihm, noch immer unwillig über seine Spitzerei nachrief:

„Ja, hoffen wir es!“

Während des laufenden und des nächstfolgenden Tages kann ich unaufhörlich darüber nach, wie dem biden Uhle seine Spitzerei am gründlichsten zu vermeiden sei. Der Gedanke, ihm einen böshartigen Streich zu spielen, hatte mich sofort erfaßt, als er wissen wollte, wo sich die Patronen befanden. Nur über das B i e konnte ich nicht in's Reine kommen.

So kam der Abend des nächstfolgenden Tages heran, an dem ich mit einer Anzahl Genossen zu einer Besprechung zusammenzutreffen wollte. Als ich in das Zimmer trat, in dem die Zusammenkunft stattfand, erzählte gerade einer der anwesenden Genossen, daß am Nachmittag selbigen Tages, während seine Frau allein in der Wohnung gewesen, ein Polizist in dieselbe gekommen sei und zunächst gefragt habe, ob nicht eine gewisse Person im Hause wohnt, wobei er sich im ganzen Zimmer forschend umgesehen habe. Dann sei er fortgegangen, draußen vor der Thür aber noch einmal umgekehrt und wieder in's Zimmer tretend, habe er gesagt:

„Da lese ich eben an Ihrer Thür, daß hier Karl Schlenzig wohnt. Sagen Sie mal, Frau Schlenzig, ist Ihr Mann nicht Färber?“

Auf die Bejahung dieser Frage habe der Polizist dann weiter gesagt:

„Das trifft sich gut. Es ist mir soeben eingefallen, daß Herr Schlenzig ein schönes Gewehr haben soll, möchten Sie mir das wohl einmal zeigen?“ Worauf der Genosse Frau geantwortet habe:

„Ein Gewehr? Mein Mann hat gar kein Gewehr!“

Damit hatte sich aber der Polizist nicht abweisen lassen, sondern gemeint:

„Ach sagen Sie doch das nicht, Frau Schlenzig. Ich weiß es ja von Jemand, daß Ihr Mann ein Gewehr besitzt, der es geliehen hat. Sie können mir es auch getrost zeigen; es ist ja gar nichts weiter dabei. Ich kann es Ihnen ja sagen, warum

ich's sehen will. Um an meinen dienstfreien Tagen auch mal ein kleines Vergnügen zu haben, bin ich der Freihändchägen-Gesellschaft beigetreten. Dazu brauche ich nun auch ein Gewehr, und ich habe gehört, Ihr Mann wolle das feine verkaufen, deshalb möchte ich es gerne mal sehen.“

„Da müssen Sie wieder kommen, wenn mein Mann zu Hause ist,“ war ihm darauf zur Antwort geworden, worauf der Polizist etwas von merkwürdigen Frauensleuten gemurmelt habe und fortgegangen sei.

„Ganz dieselbe Geschichte ist meiner Frau gestern passiert!“ rief jetzt ein anderer Genosse, der gleich nach mir eingetreten war, und den die Erzählung so interessirte, daß er sich dicht an des Erzählers Stuhl gesetzt und aufmerksam zugehört hatte, während Schlenzig noch hinzusetzte:

„Da meine Frau noch nicht lange hier ist, kennt sie die Polizisten noch nicht, ihrer Beschreibung nach muß es aber der bide Uhle gewesen sein, der bei ihr war.“ Worauf der Andere rath bemerke:

„Er wird es schon gewesen sein, denn er ist auch in meinem Hause gewesen.“

„Ja, ich glaube auch, daß es der Bide war,“ warf ich jetzt ein, und erzählte nun meine Erlebnisse mit ihm und dem langen Stützsel.

Noch während meiner Erzählung rief bald Dieser: „Dem müssen wir einen Streich spielen!“ bald Jener: „Das giebt ein schönes Ding!“ oder: „Den müssen wir auf's Eis sühren!“ usw. Und als ich geendet, herrschte sofort Einmüthigkeit darüber, daß der biden Uhle Spitzleier durch einen Schmeichler abgetrieben werden müsse.

Über das B i e machte auch hier einiges Kopfschütteln. Es wurden vielerlei Vorschläge gemacht und lange berathen. Endlich einigte man sich dahin, Uhle sollte unter irgend einem Vorwand in die Wohnung einiger in seiner Nähe wohnender Genossen gelockt werden, um ihn bei dieser Gelegenheit eine „Dynamitfunde“ sehen zu lassen, damit er zunächst die sichere Ueberzeugung gewinne, daß deren wirklich mehrere vorhanden seien, denn bis dahin hatte er nur die meinige gesehen. Da angenommen wurde, daß Uhle hierbei auch mit noch den Patronen fragen würde, wurde auch deren Verwahrungsort festgelegt und bestimmt, daß er denselben im Vertrauen und unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit erfahren solle.

(Fortsetzung folgt.)

sehr, wenn Firmen, die solches liefern, sich in dieser Zeitschrift bekanntgeben wollten.

Wie groß eine Beize, oder Räucherlammer sein, wie lange die Gegenstände in derselben verbleiben, wie viel Kalt und Salzwasser genommen werden muß, kommt auf die Größe des Geschäftes, auf die Zahl und Größe der zu beizenden Gegenstände an und bedarf es, wie in allen Dingen, der Ausprobirung; diese kleine Mühe verlohnt sich namentlich auch dadurch, daß die fertige Arbeit durch die Beize nicht nochmals naß gemacht zu werden und wiederholt geschliffen werden muß.

Es sei noch, da das empfohlene Probiren doch nicht immer gleich vorgenommen wird und weil diejenigen, die unterrichtet sind, meist nicht von ihren Erfahrungen verlaßen lassen, zur näheren Kenntnisknahme und um die schnellere Einführung dieser so überaus praktischen Beize, welche zu beschleunigter Arbeit führt, daß in irgend ein Gefäß ungelöschter Kalt geschüttet wird, auf diesen gießt man Salzwasser und auch eben so viel Wasser und dann läßt man das Ganze über einem mäßigen Feuer erwärmen. Der hierdurch entstehende Dampf ist es, welcher das Holz schön und vor allen Dingen gleichmäßig braun beizt, ohne daß es sich, was noch besonders bemerkt zu werden verdient, durch es auch ermöglicht wird, daß schwache Färbungen, Tischplatten, Albuminalen usw. ohne irgend welche Mühe und den unermüdlichen Mergel gut gebeizt werden können.

Sollte sich dieses eben angeführte, praktisch und gut bewährte Beizeverfahren recht bald und schnell in den Möbelschreinerien einführen, dann wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht. (Wiener Mittheilung.)

Verband deutscher Korbmacher.

Aus nachfolgenden Orten fehlen noch immer die von mir versandten Petitionsbogen, ersuche deshalb, dieselben so bald wie möglich mit recht vielen Unterschriften beehrt einzuliefern. Noch nicht eingelaufen haben: Schwürbis, Michelau, Weissenbrunn, Miltelstede, München, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Berlin, Magdeburg, Coburg, Greifenhagen, Schmalfalden, Lübeck, Gesehacht und Oberkirchen.

Diejenigen, welche noch nicht genügend Bogen haben, werden gebeten, solche zu fordern. G. Krüger. Hamburg, Barmbeck, Bürgerstr. 5.

Korrespondenzen.

Leipzig. Wir fühlen uns verpflichtet, den Kollegen Deutschlands einen kurzen Situationsbericht von hier zu geben. So wie hier wird es wohl ziemlich überall sein, doch jedenfalls mit der Ausnahme, daß wohl nirgends so niedriger Lohn bezahlt wird, wie hier. Es bilden verschiedene Kollegen, nachdem das Weihnachtsgeld vorüber ist, mit banger Sorge in die Zukunft. Welcher Lohn in der ältesten Kinderwagenfabrik Sachsens erzielt wird, ist kaum zu glauben. Es sind die zwei Mann, welche dort noch beschäftigt werden, in den letzten Wochen vor Weihnachten mit einem Lohn zwischen M. 7 bis 10 zu Hause gegangen, die letzte Woche vor dem Fest haben vier Mann verdient wie folgt: Einer M. 8,10, Einer M. 6,80, Einer M. 6,40 und Einer M. 6,45. Im vorhergehenden Jahre ist keiner über M. 7 gekommen. Davon sollen die Verheiratheten leben und Miethe bezahlen. Hauptächlich kommt dieser schlechte Verdienst daher, daß die meiste Zeit kein Material vorhanden ist. Es sei bemerkt, daß der betreffende Fabrikant zur Zeit ein Kilo Rohr und einen Centner Weiden kauft. Deshalb, Kollegen, meidet, wenn Ihr Euch auf der Reise befindet, die Kinderwagenfabrik in der Schützenstraße in Leipzig.

Berichtigung.

In der Friedrichsfelder Korrespondenz in voriger Nummer ist es nicht klar ersichtlich, wo die darin angegebenen Löhne gezahlt werden. Zur Klarstellung sei deshalb mitgetheilt, daß dies nicht in Friedrichsfelde, sondern in den umliegenden Orten, wie Weissenjese, Friedrichsberg, Wilhelmshausen, Kirzdorf, sowie einigen noch weiter liegenden Orten geschieht. Der Einsender.

Berchiedenes.

Jahres-Speisezettel für Reich und Arm. Gleichsam zum Hohn auf die in naher Aussicht stehende Hungernoth bringen diverse Bourgeoisblätter nachstehendes Gedichtchen, welches in der frommen ultramontanen „Germania“ zuerst auftauchte. Dasselbe lautet:

Mit Auster und mit Raviar
Besäße Dich im Januar.
Im kühlen Februar
Nach Dir mit Sachs das Leben froh.
Und drücke sanft im Monat März
Gefüllte Kalbsbrust an Dein Herz.
Kommt drani der Schelm April herbei,
Flugs loche Dir ein Kibitzel,
Sobald im Mai die Knospe sprang.
Begieb Dich auf den Sommerfang.
Und freist der Juniwind die Saat,
Ein Bachhuhn is mit Kopfsalat.
Im heißen Hundstage, Julius
Gewähr ein Matjes Tu Genus,
Im Stoppelseldermond August
Sei Rebhuhn Deine ganze Lust.
Und wenn September rückt in's Land,
Dem Hasen flugs eins ausgebrannt;
Und schreibt nun gar Oktober man,
Gleich kommen Hirz und Heflein dran.
Ein Thor, wer im Novembermond
Das Lebenslicht der Gans verstockt.
Doch des Dezembers Kernpunkt sei:
Ein Schweinschlachten frisch-froh-frei.

Ohne Zweifel ist der Abdruck des letzten Gedichtes, wie die Reichen, den Unterschied der Ebeisen halten, durchaus dazu angethan, den Arbeitern das Bewußtsein einzuprägen, wie wohlthätig die Klassenunterschiede auf unserer besten aller Welten wirken. Um die Wirkung zu erhöhen, setzen wir nachstehende

tabelle Verse hierher, wie die Arbeiter „den Unterschied der Speisen halten“

Dagegen fängt der Arbeitsmann
Das Jahr mit Pellkartoffeln an,
Im kühlen Februar —
Wie macht sie ihm das Leben froh!
Und sanft drückt er im Monat März
Kartoffeln dankbar an sein Herz.
Und kommt der Schelm April herbei,
Ist er vergnügt — Kartoffelbrei,
Sobald die Knospe sprang.
Wird ihm um die Kartoffel bang,
Und freist der Juniwind die Saat.
Macht er nicht gern mit ihr mehr Staat.
Doch speist er sie im Julius,
Im Mai und Juni — weil er muß!
Im Stoppelseldermond August
Sind Pellkartoffeln grüne Lust.
Und wenn September rückt in's Land,
Flugs nimmt Kartoffeln er zur Hand
Und schreibt nun gar Oktober dran,
Gleich kommen die Kartoffeln dran,
Ein Thor wünscht im Novembermond
Sich mit Kartoffeln nun verstockt.
Doch im Dezember sieht er klar:
Kartoffeln giebt's im Januar!
(Was der Jtg. d. Bergleute.)

Briefkasten der Redaktion.

Hierlohn, B. Wer hat Ihnen denn das Märchen aufgebunden, daß Papst Gregor V. ein Franzoszimmer gewesen sei? Die katholische Kirche hat sich zwar immer des weiblichen Geschlechtes mit viel Geschick zur Erreichung ihrer Zwecke zu bedienen verstanden und weist in dieser Beziehung die Kirchengeschichte viele Namen von Frauen auf, welche der päpstlichen Hierarchie große Dienste geleistet haben, doch so arm an intelligenten Männern war sie nie, um den päpstlichen Stuhl mit einer Frau besetzen zu müssen. Gregor V. war von Geburt ein Deutscher mit Namen Bruno und Vater des Abtigs Otto III., durch dessen Einfluß er auch zum Papst gewählt wurde. Straßund, P. B. In nächster Nummer.

Uchim, M. Sie finden an anderer Stelle dieser Nummer unter „Technisches“ einige Ihre Frage betreffende Angaben. Da Sie aber das dort empfohlene Beizeverfahren nicht werden anwenden können, so beizen Sie auf gewöhnlichem Wege mit einer in harter Seifenlösung erfolgenden Abtöschung getrockneter Walnusschalen unter Zusatz von etwas Potasche. Durch eventuelle Verdünnung mit Wasser läßt sich jede beliebige hellere oder dunklere Nuancirung der Farbe erzielen. Zur Mattirung kann auch Brunstein benutzt werden, doch ist bei Hitze in erwärmtem Terpentin aufgelöstes Nachs besser geeignet. Wöthen, O. K. Metallfänge liefert die Sargfabrik von Moritz Klee, Berlin SO., Statikerstraße 9a, sowie Solof u. Co., Berlin S., Kommandantenstraße 31.

Briefkasten der Expedition.

Berlin, S. L. Bitte die am Orte übrigen Zeitungen von Nr. 1 (Beschnittenen) nicht zurückzusenden, da selbige nahezu vergiffen sind. Dasselbe Bitte ergeht auch an alle übrigen Orte, welche laut der später eingegangenen Bestellung zuviel Zeitungen erhalten haben. Jena, M. Betrag für Inserate erhalten.

Wankenburg, S. Hoffmann, T. Hademarschen, Thändorf, A. und noch viele andere Besteller der „Tischler-Zeitung“ die zehn Gebote und die beiden Klasse. Es diene Ihnen zur Kenntniß, daß die erste Auflage, 10.000 Exemplare, in 6 Wochen total bezogen ist; eine zweite durchgehene und vermehrte Auflage befindet sich im Reudrud-Verlag ist um einen Bogen stärker als die erste Auflage und kostet auch nur 30 s., inkl. Porto 35 s. Sobald die Auflage fertig, erhalten Sie Zusendung. Zschöschwitz, S. G. Mir der Angelegenheit hat sich, bevor eine solche Warnung veröffentlicht werden kann, zunächst der Ausschuss des Deutschen Tischlerverbandes zu beschäftigen, selbiger wird dann, wenn sich die Sache so verhält, für genügende Vorkehrungsregeln Sorge tragen. Haben Sie denselben davon unterrichtet? Wir setzen selbstverständlich voraus, daß das betreffende Mitglied ausgeschlossen wurde, wenn das nicht geschah, hat der Ausschuss damit nichts zu thun.

Glückstadt, S. Die Protokolle vom Exkurter-Parteitag sind immer noch nicht vorhanden, woran es liegt, wissen wir nicht. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß man nicht schon vor 6-8 Wochen bekannt geben sollte, „nun kommt's!“ und nach einem Vierteljahre ist's vielleicht noch nicht da. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen: „wozu denn die große Ankündigung lange vorher, dieie wird an dem Abjaß nichts ändern, wer eins kaufen will, der kauft doch eins, und wer nicht, den wird auch die frühere Ankündigung nicht dazu bewegen. Na, hoffentlich kommt's bald.“

Quittung

Über die in den Monaten Oktober, November und Dezember eingegangenen Abonnementsgelder.

- Für das I. Quartal 1891: Augsburg (G. L.) N. 1, Neumünster (G.) 15, Treptow (S.) 1. Für das II. Quartal 1891: Augsburg (G. L.) N. 1, Verdura (Zahl.) 1,10, Blankenburg i. Schw. 1,10, Chemnitz (S.) 9,80, Cassel (H.) 1, Gotha (Zahl.) 3,05, Pirchberg (Zahl.) — 3, Treptow (S.) 1. Für das III. Quartal 1891: Augsburg (G. L.) N. 1, Aden (Berein) 9,60, Berlin (S.) 80, Bernburg (Zahl.) 1,10, Bittstadt (S.) 1, Malterien (M.) 1, Berlin (S.) 14, Chemnitz (S.) 9,80, Chemnitz (S.) 22,40, Grimmitzschau (M.) 1,95, Grimmitzschau (St. L.) 1,35, Cassel (H.) 1, Dresden (Holzarbeiter-Berein) 150,50, Friedland (M.) 1, Friedrichroda (S.) 2, Getha (Zahl.) 2, Gera (Zahl.) 4,40, Gaarden (Zahl.) 1,73, Hamm (M.) 2, Kall (S.) 3,10, Ludwigshafen (H.) 19,20, Leipzig (S.) 65, Landshut (G. S.) 3, Jahr (Zahl.) 3,30, Linz (Gewerlich.) 1, München (Berein) 80, Mandenheim (A. D.) 6, Nürnberg (Zahl.) 8,30, Pösch (S.) 3.

Flauen (Berein) 16,80, Pöllnow (S.) 1, Schwärz (S.) 1, Strdorf (S.) 10,40, Rieja (S.) 1, Suhl (M.) 1, Straßburg i. E. (Tischlerverein) 1, Treptow (S.) 1, Wurzen (Berein) 12,85, Werbau (Berein) 21, Weseberg (S.) 1.

Für das IV. Quartal 1891: Augsburg (G. L.) N. 1, Augsburg (G. S.) 4, Berlin (G. S.) 24, do (Burm.) 11,20, do (G. B.) 7,20, Bittstadt (M.) 1, Grimmitzschau (Berein) 5,44, Cöln (Schl.) 1, Crefeld (Berein) 29,34, Cottbus (S.) 1, Elsdorf (M. Sch.) 1, Friedrichroda (S.) 2, Halle (Berein) 53,50, Hamm (M.) 1, Hilfen (S.) 1, Jartha (S.) 4, Kaltensordheim (G.) 2, Kollwitz (H.) 1, Landsbut (S.) 2,80, Ludwigslust (S.) 1, Linz (Gewerlich.) 1, München (Berein) 132, Nowawes (S.) 1, Penzance (S.) 4, Oberg (M.) 1, Oberlungwitz (S.) 1, Prag (S.) 1, Pöllnow (S.) 1, Schwärz (S.) 1, Suhl (M.) 1, Rieja (S.) 1, Roßbach (S.) 1, Suhl (M.) 1, Straßburg i. E. (Tischlerverein) 1, Witte (M.) 1, Wipperfurth (S.) 1, Wittenberg (S.) 1.

Für das I. Quartal 1892: Cottbus (S.) 1, Ludwigslust (S.) 1, Prag (S.) — 80, Pöllnow (S.) 1, Rieja (S.) 1, Suhl (M.) 1.

Für im Jahre 1891 ausgegebene Inserate haben noch nachfolgende Zahlstellen des Tischler-Verbandes zu entrichten: Arnstadt M. — 60, Bodenem — 60, Cassel 120, Coblenz — 70, Cöthen — 45, Constanz — 70, Ederstede — 80, Frankenthal (Berein) — 50, Gaarden — 50, Gilstrow — 50, Hameln — 60, Halle — 60, Hagen i. W. — 90, Homburg v. d. S. — 50, Johannsgergestadt — 60, Lübeck 1,10, Lützenwalde — 50, Malchin — 40, Neu-Zienburg — 50, Plaumburg — 70, Offenbach — 50, Ockerleben — 45, Passau — 90, Potsdam — 40, Rostock 1,80, Rabenau — 40, Seier — 80, St. Ingbert — 50, Solingen 1, —, Straßburg i. E. — 50, Torgau — 60, Worms — 60, Ruffenhäusen — 30. Wir bitten die Beträge bei nächster Gelegenheit mit einzusenden (auch in Briefmarken).

Die Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung“.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (G. S. Nr. 3.)

Bekanntmachung des Vorstandes und Ausschusses.

Bis Montag, den 11. Januar d. J., fehlen noch die statischen Fragebogen aus nachverzeichneten Orten: Alfeld, Alte Neustadt B. Magdeburg, Altona, Annen, Arnstadt, Aschersleben, Berg-Gladbach, Berlin A.-H., Biedendorf, Böhlis-Ehrenberg, Braunshaus, Breitenbach, Bruckdorf, Buchheim, Brühl (Baden), Burg, Carlshafen, Celle, Chemnitz, Connewitz, Coswig, Kreuznach, Dessau, Deuben, Dortmund, Dresden Alttz, Ebding, Elgershausen, Fetschenheim, Finthen, Flörsheim, Freiburg (Baden), Friedberg, Friedenau, Friedrichsfelde, Gaarden, Gerlesberg, Gießen, Grabow, Greifenhagen, Grimma, Grüplingen, Großen-Älber, Gils, Hamburg III, Hamburg V, Harburg, Heiligenrode, Jellern, Hildesheim, Höchst, Jena, Kiliansstädten, Klappische Köls, Künzelsau, Labenburg, Lampertheim, Leipzig I, Lindemann, Lützenwalde, Lüneburg, Mainz, Mänsbach, Magdora, Minkwitz, Nöhringen, Mühlberg a. d. E., München, Bad Nauheim, Neubaldensleben, Neuhofen, Neuschönfeld, Neue-Neustadt h. Rhdb., Neu-Ulm, Niedertalungen, Norden, Ober-Greizlau, Deberan, Dettlingen, Dehnhäusen, Oberlind, Oberhan, Oranienburg, Osterwied, Wausdorf, Pösch, Pirna, Plankstadt, Plauen b. D., Rabenau, Rathenow, Reichenbach, Rendsburg, Reudnitz, Reutlingen, Ritzdorf, Rositz, Rodelheim, Rottweil, Rorheim, Rühlsheim, Rummelsburg, Schleißheim, Schmolln, Schwau b. G., Schwabing, Schwalmheim, Seelenheim, Sellenhausen, Steinbach, Straßburg, Straubing, Strehlen, Sudenburg, Teuchern, Uetersen, Volkmarzdorf, Wallst., Wandersb., Wapenborn, Weisenheim, Wernigerode, Wilhelmshausen, Wilhelmshausen, Witten, Wurmlingen, Ziebig, Zittau.

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, die Fragezettel bis spätestens den 1. Februar einzusenden, wobei wir noch darauf aufmerksam machen, dieselben nicht den Abrechnungen beizufügen, da es alsdann leicht vorkommen könnte, daß wir sie nicht finden beim Auspaßen, was bei der großen Masse von Eingängen leicht erklärlich.

Der Vorstand. Der Ausschuss. S. A.: G. Blume. J. A.: G. Ritter.

Bekanntmachungen der Hauptkassier.

Zuschüsse für das vierte Quartal 1891 erhielten vom 28. bis 31. Dezember d. J. nach folgende Orte: München A. 2000, Berlin E. 2000, Lübeck 125, Ritzdorf 200, Berlin F. 800, Berlin B. 600, Berlin D. 500, Berlin C. 400, Hamburg IV. 500, Köln II. 500, Budau 100, Fehlsbach 100, Eber 200, Hochstadt 250, Gröbtingen 200, Göttingen 200, Dang 200, Reudenberg 200, Friedland 200, Köls I. 200, Leipzig II. 200, Reudendorf 200, Sellenhausen 200, Burgstedt 150, Bensheim 150, Müln 150, Rummelsburg 150, Müln 150, Neue-Neustadt b. Magdeburg 150, Plankstadt 150, Landsbed 232, Wittenberg 200, Jüttenwalde 175, Amöneburg 150, Connewitz 125, Zschöschwitz 100, Bergen 100, Brunnstede 100, Esthal 100, Gimmrich 100, Finthen 100, Ohlan 100, Pirna 100, Pösch 100, Wärlershausen 100, Schönau b. Reudendorf 100, Stadingen 100, Spandau 100, Wertheburg 100, Wittenberg 100, Wittenberg bei Cannstatt 100, Reudersheim 100, Witten 100, Reudersfeld 100, Schifferhadr 100, Wärlersdorf 100, Pirna 100, Wärlers bei Cannstatt 100, Bojen 100, Großsindeln 90, Wörlersmeier 80, Herbede 80, Ockerleben 80, Diederich 80, Lumbrecht 80, Zschöschwitz 75,75, Gumbinnen 75,75, Burg 75, Eldenburg 70, Connewitz 60, Guben 60, Eber 60, Eber 60, Lora 60, Ritzweide 60, Schwennungen 60, Jasterburg 60, Friedland 60, Salungen 50, Wärlersheim 50, Reichenbach 50, Reudenburg 50, Witten 50, Timman 50, Rodau 50, Gera 40, Bruchfelde 30, Wüggendorf 30, Reudershausen 25, Wangen b. Göttingen 16, Roda 10, Summa M. 13.545 50.

Zuschüsse für erstes Quartal 1892 erhielten vom 1. bis 9. Januar, folgende Orte: Berlin A. M. 800, Berlin F. 800, Berlin G. 400, Reiz 100, Augsburg 300, Bittstadt 500, Ehrenfeld 400, Exkur 400, Gießen 400, Getha 400, Egen 350, Eretzin 300, Volkmarzdorf 300, Berlin H. 275, Budau 200, Fetschenheim 200, Rostock 200, Rieja 200, Coblenz 200, Pöll 200, Reiz 200, Reiz 200, Altenburg 200, Wangen bei Cann-

